

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkatoren und verwandten Berufsgenossen,

Central-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Baepfow, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Neue Dreierstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 80 S.
Postkatalog Nr. 3181.

Inhalt: Der Friedensschluß im Berliner Baugewerbe, seine Bedeutung und der Bund der Unternehmer. Ist die Gefahr vorüber? — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Der Friedensschluß im Berliner Baugewerbe, seine Bedeutung und der Bund der Unternehmer.

Als ein hochbedeutungsvolles Ereignis in der Geschichte des gewerkschaftlichen Kampfes der deutschen Bauarbeiterschaft verdient der Friedensschluß im Baugewerbe Berlins, über dessen durch das Eingreifen des Gewerbegerichts bewirktes Zustandekommen wir in voriger Nummer unseres Blattes eingehend berichtet haben, gemerkt zu werden. Es erübrigt, daß wir der Pflicht genügen, dieses Ereignis nach Gebühr zu würdigen.

Da müssen wir denn vorweg Bezug nehmen auf einige Berliner Mitteilungen, welche die Rinde durch die ganze bürgerliche Presse gemacht haben, wonach eine erhebliche Minderheit der am Kampf beteiligten gewesenen Arbeiter, besonders der Maurer, den vor dem Einigungsamte getroffenen Abmachungen entschieden widerstrebt und auf Fortsetzung des Kampfes bestanden hat. In einer dieser Mitteilungen heißt es: „Es ist den Leitern der Arbeiterbewegung nur unter Einigung ihrer ganzen Autorität möglich gewesen, die Annahme des Ausgleichs in der Versammlung der Maurer durchzusetzen.“

Leider müssen wir zugeben, daß allerdings in der Maurerverammlung, welche Stellung zu dem Ausgleich zu nehmen hatte, sich eine lebhaftere Opposition gegen denselben geltend machte. Wir sagen leider, und zwar nicht nur in Rücksicht auf den Mangel an ruhiger Ermüdung, der dabei zu Tage trat, sondern mehr noch in Anbetracht des Charakters dieser Opposition. Von einzelnen Rednern derselben wurde gegen den Zentralauschuß, der die Einigungsbedingungen gut geheißen hatte, der Vorwurf erhoben, daß er „Verrath geübt“ und den Maurern „eine Niederlage bereitet“ habe. Die einzige Entschuldigung, welche wir diesen Rednern zubilligen können, ist, daß momentane Erregung ihnen die Fähigkeit raubte, gerechter und vernünftiger zu urtheilen. Wer, unbeeinflusst von Gefühlswallungen, den Ausgleich und die Umstände, unter denen er erfolgte, ruhig und objektiv betrachtet, der muß, wenn er überhaupt urtheilsfähig ist, zur Ueberzeugung kommen, daß die Arbeiter des Berliner Baugewerbes und darüber hinaus die Arbeiterschaft ganz Deutschlands alle Ursache haben, mit den erzielten Resultaten zufrieden zu sein, sowie, daß die Arbeitervertreter vor dem Einigungsamte ihrer Aufgabe in gewissenhaftester Weise und so gut, als es unter den vorliegenden Verhältnissen nur irgend möglich war, gerecht geworden sind. Ihr Wirken verdient Anerkennung und nicht Tadel, geschweige denn die tödliche Verdächtigung als „Verrath“. Wir hoffen, daß auch die Ausgleichsopposition das hinterher einsehen hat, aber noch einsehen wird.

Vergegenwärtigen wir uns folgende Thatsachen: Vor der Einigungsamts-Verhandlung schien es, als sollten die Differenzen zwischen der baugewerblichen Unternehmer- und Arbeiterschaft Berlins sich ausweiten zu einem der erbittertesten wirtschaftlich-sozialen Kämpfe, die wir in Deutschland erlebt haben. Die Arbeiter hatten bekanntlich zu Anfang dieses Jahres einen Stundenlohn von 60 S bei neunstündiger Arbeitszeit, bessere Schutzvorrichtungen auf den Bauten und Einigung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Entscheidung von Streitig-

keiten verlangt. Die Unternehmer weigerten sich, auf diese Forderungen einzugehen. Sie wollten den Lohn nach der jeweiligen Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters bemessen und ein nur aus Unternehmern bestehendes Schiedsgericht setzen lassen. Dann erhöhten die Arbeiter ihre Lohnforderung auf 65 S für die Stunde, was, wie hauptsächlich war, wenigstens die Wirkung hatte, daß ein Theil der Unternehmer, die bisher unter 60 S bezahlt hatten, nunmehr 60 S zahlten. Das spornte die leitenden Elemente der Zünftler an, auf „Repressalien“ zu sinnen. Die Scharfmacher wirkten auf eine allgemeine Aussperrung der Maurer hin, und im Bunde der Unternehmer wurde auch die Sperre über sämtliche Bauten beschlossen. Aber viele dem Bunde nicht angehörende Unternehmer kümmernten sich nicht um diesen Beschluß; sie wollten die schwere Schädigung, die solch eine Maßnahme ihnen selbst zugefügt haben würde, verständigerweise zu Gunsten der Zünftler nicht in den Kauf nehmen. Da versuchte der Bund es mit dem Terrorismus; um seinem Beschlusse mehr Nachdruck zu geben, bedrohte er die Wörtelwerke mit dem Boykott, wenn sie Wörtel an Unternehmer liefern würden, die sich von der Sperre ausgelassen hatten. Es waren denn auch alsbald ca. 4000 Maurer ohne Beschäftigung. Hierzu kam das Projekt der Bündler, ein „großes Exempel zu statuiren“, nämlich zwecks Vernichtung der Arbeiterorganisation die Bauhütigkeit in ganz den deutschen Reichs während der bisjährigen Bauzeit lahm zu legen.

In dieser kritischen Situation griff das Gewerbegericht als Einigungsamt ein. Sehen wir uns die von demselben getroffenen und von der Mehrheit der beteiligten Arbeiter, sowie von den Unternehmern anerkannten Abmachungen im Einzelnen an.

Abgesehen von der selbstverständlichen Aufhebung der Aussperrung kommt zunächst die Lohnfestsetzung als nicht zu unterschätzende Errungenschaft der Arbeiter in Betracht. Was sie zu Anfang dieses Jahres forderten, der einheitliche Lohnsatz von 60 S pro Stunde, ist ihnen bewilligt worden, mit der Maßgabe, daß dieser Lohnsatz vom 1. Oktober 1900 auf 65 S erhöht werden soll. Die neunstündige Arbeitszeit hat unbedingte Zustimmung gefunden. Der „Verrath“ der Arbeitervertreter in der Einigungsamtskommission besteht also darin, daß sie erreicht haben, was die Arbeiter ursprünglich wollten, und noch mehr, nämlich die Zustimmung der Erhöhung des Lohnes auf 65 S innerhalb einer bestimmten Zeit. Man darf nicht übersehen, daß die spätere Forderung von 65 S nur die Antwort war auf das ablehnende Verhalten der Unternehmer gegenüber den erstgestellten Forderungen.

Von größerer Wichtigkeit noch, ja nach unserem Ermessen von ganz ausschlaggebender Bedeutung ist, daß es gelang, den Widerstand der Unternehmer gegen die Forderung der Einigung einer gemischten Kommission zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und zur Schlichtung von Streitigkeiten zu brechen, und diese Kommission zu Stande zu bringen. Um den außerordentlichen Werth dieses moralischen Erfolges richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, in welcher fanatisch-feindseliger Weise das organisierte baugewerbliche Unternehmertum gerade in Berlin 30 Jahre hindurch die Arbeiterorganisationen und deren Vertretungen die Anerkennung als gleichberechtigten Faktor verweigert und alle seine Macht daran gesetzt hat, seinen ungerechten Anspruch auf einseitige, willkürliche Festsetzung der Arbeitsbedingungen unter allen Umständen

aufrecht zu erhalten. Diesem Anspruch auf's Neue Nachdruck zu geben, ihn dauernd fest und sicher zu begründen, dazu hauptsächlich sollte ja der kürzlich begründete „Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe“ dienen. Und nun, ehe noch dieser Bund richtig in Aktion treten konnte, wird von den Arbeitern und den Unternehmern des Berliner Baugewerbes die Abmachung getroffen:

„Es wird eine Kommission gebildet, welche aus neun Arbeitgebern und neun Arbeitnehmern besteht. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission erfolgt durch die Arbeitgeber beziehungsweise die Organisationen der Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmermitgliedern sollen mindestens je ein Mitglied der Zentralorganisation, der Lokalorganisation und der Gewerkschaftskommission angehören.“

In dieser Abmachung wird einer Forderung, für welche die organisierte Bauarbeiterschaft dreißig Jahre hindurch unablässig gekämpft hat, vollkommen Rechnung getragen. Die Arbeiterorganisation und deren Vertretung, selbst die vom Unternehmertum bisher so sehr gehätselt und so oft größtlich verleumdete Zentralorganisation erfährt Anerkennung. Gemeinsam mit Vertretern der Arbeitgeber sollen die der Arbeiter fortan über Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse berathen und beschließen und sich um die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen beiden Theilen bemühen.

Wer dieses Resultat des Kampfes als gering oder gar nebensächlich zu erachten geneigt ist, der beweist damit, daß ihm jede moralische Berechtigung, in der Arbeiterbewegung ein Wort mitzureden, vollkommen abgeht. Da kann wahrlich nicht davon die Rede sein, daß unter den organisierten Arbeitern „der Harmoniebusel eingerissen“ sei, wie einer der Oppositionsredner in der Versammlung behauptete. Stets hat die organisierte Arbeiterschaft auf dem Standpunkte gestanden, daß die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung eines der hauptsächlichsten zu erkämpfenden Ziele sei. Stets hat sie erklärt und dieser Erklärung durch ihr Handeln Rechnung getragen, daß es ihr Ernst damit sei, auf der durch Anerkennung ihrer Organisation zu schaffenden Basis die Praxis der friedlichen Vereinbarung und Verständigung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen und so die Streiks nach Möglichkeit zu vermeiden. Und immer hat sie mit Recht das dieser Anerkennung widerstrebende, diese Praxis schroff zurückweisende Unternehmertum für die Streiks verantwortlich gemacht.

Diese Thatsache möge die Berliner Opposition sich zur Erkenntnis bringen! Die Arbeiterorganisation wird, unbeeinflusst von hallofen und thörichtigen oppositionellen Einwürfen, an dem hier dargelegten Standpunkte festhalten, ohne ihren Charakter und ihre Bedeutung als Kampforganisation, die stets auf dem Posten zu sein hat, etwas zu vergeben! Sie wird rechtlich und gewissenhaft dafür einstehen, daß der mit Anerkennung der Organisation erzielte moralische Erfolg praktische Früchte trägt. Wer da meint, das Kämpfen der Arbeiterorganisation begreife sich lediglich und unter allen Umständen im Streiken, der ludigt einem verhängnisvollen Verstum.

Ob das Unternehmertum ebenso wie die Arbeiterorganisation gewillt ist, bei hier in Rede stehenden Abmachung über die bloße Theorie hinaus praktische Bedeutung zu sichern, bleibt abzuwarten. Vorläufig ist Noth zu nehmen von folgender Thatsache: Am 27. Junitagte in Berlin eine von Herrn Felisch einberufene Versammlung von Vertretern des deutschen Bauarbeitgeberbundes, welche Stellung nahm zu dem Friedensschluß. Herr Felisch sagte u. A.: „Das

Wesentlichste sei die Schaffung der aus Vertretern beider Parteien bestehenden Vorkommission. Die Unternehmer würden streng darauf achten, daß ihrerseits der Friede gehalten werde, sie sollten auch, daß die Arbeiter das Gleiche thun werden. Sollten die Friedensbedingungen von der einen oder anderen Seite nicht gehalten werden, dann werden wir diejenigen, welche den Frieden brechen, öffentlich ins Unrecht setzen. Die Unternehmer müßten die Herrschaft im eigenen Hause, welche ihnen die Arbeiter seit Jahren streitig gemacht hätten, wiedergewinnen."

Letztere Bemerkung läßt die Friedensliebe des Herrn Felsch und Derjenigen, die ihm Beifall spendeten, allerdings in recht eigentümlichem Lichte erscheinen. Es ist die alte, gefällige Prätension der Herrschaft über die Arbeiter, die sich in der Phrase von der "Herrschaft im eigenen Hause" verbirgt. Baumelster Döbler betonte, man müsse der harten Organisation der Arbeiter gegenüber eine kräftige Organisation der Unternehmer schaffen. Das sei die beste Gewähr des Friedens. Leichgräber-Dresden behauptete, daß viele Unternehmer aus Geiz sich von dem Bunde fern halten, weil es zu viel koste. Weiter sprach der Redner davon, daß der Terrorismus der Sozialdemokratie gebrochen werden müsse und meinte, der Berliner Bund habe, indem er mit den Arbeitern Frieden schloß, zu voreilig gehandelt und dadurch dem deutschen Bunde geschadet.

Auch diese Herren können nicht als Verfechter der Friedensliebe gelten. Es wurde folgende, von Herrn Felsch eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

"In dem jetzt beendeten haushälterischen Lohnkämpfe in Berlin hat sich das Vorhandensein eines deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe als außerordentlich feigenreich erwiesen, und ist es daher Aufgabe aller Bauarbeiter in Deutschland, sich überall da, wo solche Vereinigungen noch nicht bestehen, zusammenzuschließen, welche als Mitglieder dem deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe beitreten haben, denn nur durch eine kraftvolle Vertretung des gesammten deutschen Baugewerbes wird künftig der Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufrecht zu erhalten sein."

Inwiefern der deutsche Arbeitgeberbund sich in dem beendeten Kampfe als "außerordentlich feigenreich" erwiesen hat, wird für alle Zeiten ein Geheimnis des Herrn Felsch bleiben. Der Friede ist trotz der Machenschaften und Untreue des Bundes dem seiner Leiter zu Stande gekommen. Wäre es auf die künstlichen Schampannen angekommen, so würde der Kampf sich zu einer Generalausperrung der Maurer in ganz Deutschland entwickelt haben. Um ihren "friedlichen" Geist noch ganz besonders klar hervorzuheben, beschloß die Versammlung förmlich auf Antrag des Herrn Hertel-Berlin eine Resolution an den Reichstag, worin tief bebauert wird, wenn die Gesetzesvorlage zum Schutze des Arbeitsverhältnisses (Zuchthausvorlage) vom Reichstage abgelehnt werden sollte. Und Herr Felsch gab dazu der Erwartung Ausdruck, daß die Vorlage, wenn nicht in der gegenwärtigen so doch in einer anderen Form angenommen werden möge.

Wir beantworten diese gegen die Arbeiterorganisation und das Koalitionsrecht gerichtete Rundgebung der Zünftler mit der Mahnung: Arbeiter des Baugewerbes wirkt unablässig für die Ausgestaltung und Kräftigung eurer Organisation!

Die Rundgebung des Herrn Felsch und Genossen sollte offenbar nur dem Zwecke dienen, den der Arbeiterorganisation günstigen Eindruck, welchen der Friedensschluß auf jeden Unbefangenen machen muß, abzuschwächen. Es liegt nicht im Interesse des Bundes, daß das jetzt in Berlin gegebene Beispiel der Anerkennung der Arbeiterorganisation Nachahmung findet. Aber das Gebahren der Bündler dürfte eine andere Wirkung haben, als die erhoffen: alle ehrenhaften und vernünftigen baugewerblichen Unternehmer werden einsehen, daß der vom Herrn Felsch dirigirte Geist des Bundes ein Geist des Unheils ist, und daß die Unternehmer schlecht berathen sind, wenn sie der Berliner Zünftler- und Schampanneclique Gefolgschaft leisten! Die Arbeiter sind weit davon entfernt, einer Unternehmerorganisation die Anerkennung zu verweigern; diese Organisation muß aber eine andere sein als der Bund; sie muß wenigstens die Gewähr bieten, daß sie es mit der Anerkennung der Arbeiterorganisation ehrlieh meint und die Rechte der Arbeiter respektirt!

Ist die Gefahr vorüber?

Ohne Zweifel, die gute Berathung der Zuchthausvorlage im Reichstage hat zu einer sichereren Niederlage der Regierung und des ihr verbündeten Scharfmacherthums geführt. Diese Thatsache wird selbst von den Organen beider Faktoren unumwunden zugegeben; sie ist zu offenbar, um abgelenkt oder verhüllt werden zu können. Nur die Redner der Konservativen sind für die Vorlage eingetreten; die Wortführer aller anderen, "staatsverhaltenden" Parteien haben unumwunden erklärt, sie ablehnen zu müssen, wobei sie in Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie ausgeben, daß es sich um ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse handelt. Bei der Beratung haben die offiziellen Vertreter des Entwurfs eine geradezu bemitleidenswerthe Rolle gespielt und durch ihre haltlosen Ausführungen selbst den Beweis erbracht, daß solch eine Vorlage auf Erwägungen des Rechts und der Gerechtigkeit nicht gestützt werden kann.

Welche Konsequenzen sind aus diesen Thatsachen zu ziehen? Die ultramontanen und der größte Theil der liberalen Presse saßt ihr Urtheil dahin zusammen, daß die Zuchthausvorlage todt ist und nicht mehr zum Leben erweckt werden kann, so daß man keine Ursache mehr habe, sich der Verstrickung hinzugeben, es drohe dem Koalitionsrecht der Arbeiter Gefahr.

Wir können uns diesem Urtheil nicht anschließen und müssen die Arbeiter nachdrücklich warnen, sich durch solche Ausführungen beruhigen und in Sicherheit wiegen zu lassen. Wir sind bei den thatsächlichen Verhältnissen begründeten Ueberzeugung, daß die Gefahr nicht vorüber; sondern nur verlagert ist! Allerdings, das glauben auch wir nicht, daß diese Vorlage Gesetz werden wird. Wohl aber ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in ihrer zweiten Lesung, die im Herbst nach der Vertagung stattfinden wird, ihre Tendenz seitens der Ultramontanen und Nationalliberalen eine "bessere Würdigung" im Sinne der Regierung erfährt, als dies jetzt bei der ersten Lesung der Fall gewesen.

Die jetzige ablehnende Haltung des Zentrums und des größten Theiles der Nationalliberalen bietet nicht die geringste Gewähr dafür, daß diese Elemente, bei denen die Entscheidung liegt, auch in der weiteren Behandlung der Vorlage Schritte zurückweisen werden. Die Opposition, welche sie ihr bis jetzt gemacht haben, ist lediglich der Empörung entspringen, daß man der Erörterung, welche die Vorlage und ihre Begründung in der Arbeiterkammer ohne Unterschied herbeigerufen hat, zunächst Rechnung tragen mußte. Darüber hat besonders der nationalliberale Abgeordnete Waffermann keinen Zweifel gelassen; er hat offen ausgesprochen, daß seine Partei die Vorlage verwerfen müsse, um zu verhindern, daß die Scheidung zwischen Bürgerthum und Arbeiterklasse nicht eine noch schroffere werde. Daß das Zentrum Büchschitz genannt hat auf die katholischen Arbeiter, die von der Vorlage nicht minder sich bedroht fühlen wie die sozialdemokratischen, bedarf nicht der weiteren Ausführung.

Man fasse nun das Verhalten des Zentrums näher in's Auge. Schon früher hat der Führer desselben, Dr. Lieber, im Reichstage erklärt, daß seine Partei für gesetzgeberische Bekämpfung nachweisbaren Mißbrauchs des Koalitionsrechts zu haben sein werde. Und jetzt, bei Beratung der Zuchthausvorlage, hat er sich den Verlangen der Sozialdemokraten, die Vorlage sofort in zweiter Lesung zu beseitigen — was möglich gewesen wäre und womit dann das schlimmste Spiel sein Ende gehabt haben würde — entschieden widersetzt, indem er geltend machte, seine Fraktion werde dem Regierungsentwurf einen anderen entgegenstellen. Darnach ist auch die Ablehnung der kommissarischen Beratung der Vorlage durch das Zentrum zu beurtheilen. Bringt dasselbe im Herbst seinen Gegenentwurf, so wird dieser die Basis für kommissarische Beratung abgeben, oder selbstverständlich in Verbindung mit der Zuchthausvorlage der Regierung. Und dabei kann dann die Kunst der "Kompensation" gelbt werden, d. h. die Kunst, den Forderungen der reaktionären Gewalten unter dem Scheine der Wahrung des Koalitionsrechts wenigstens heilweise Rechnung zu tragen.

Die Regierung hat denn auch die Hoffnung, mit Hilfe des Zentrums und wohl auch der Nationalliberalen doch noch Etwas im Sinne der Vorlage zu machen, nicht aufgegeben. Dieser Tage schrieb die offiziöse "Berliner Korrespondenz":

"Die verbündeten Regierungen müssen an der Hoffnung festhalten, daß in den Monaten bis zur zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs im Plenum des Reichstages die einzelnen Parteien ihre Stellungnahme zu den Grundzügen desselben einer eindringlichen Prüfung unterziehen und — infolge dessen von der Nothwendigkeit einer veränderten Haltung sich überzeugen werden."

Es ist wahrlich nicht angebracht, daß liberale und ultramontane Blätter über diese offiziöse Versicherung spöttein. Die Erfahrung lehrt, was von der "Konsequenz" des Zentrums zu halten ist. Dasselbe ist schon zu oft in wichtigen gesetzgeberischen Fragen (man denke nur an die Flottenvorlage) ungeschicklich, als daß man mit Sicherheit erwarten könne,

es werde seiner jetzigen Haltung in der Koalitionsrechtsfrage treu bleiben.

Was die Nationalliberalen anbetrifft, so hat wie gesagt, Herr Waffermann nur die Meinung eines Theiles seiner Fraktion zum Ausdruck gebracht. Die nationalliberale Presse bringt Meinungen über die Haltung Waffermanns und seiner Gefolgschaft. Sie behandelt ihn als "Abtrünnigen", als "Selbsthelfer der Sozialdemokratie". Und auch in den Kreisen der nationalliberalen Partei selbst mehren sich die Stimmen gegen die "Waffermann'sche Führung der Fraktion". Die "Nationalzeitung" tadelt das Verhalten der Mehrheit der nationalliberalen Fraktion mit dem Bemerkens, daß wenigstens die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage zu einer gesetzgeberischen Aktion benützt werden müßten. Und dasselbe Blatt erklärt (ähnlich wie wir oben schon ausgeführt haben) Folgendes:

"Da das Zentrum angeknüpft hat, daß es im Herbst einen eigenen Entwurf über das Koalitionsrecht einbringen will, der sehr verschiedene und weitläufige Fragen behandeln soll, so ist keineswegs ausgeschlossen, daß alsdann dieser Gesetzesentwurf und mit ihm die Regierungsvorlage, nachdem die zweite Lesung im Plenum begonnen hat, doch noch an eine Kommission verwiesen wird. Es dünkt uns sogar sehr wahrscheinlich, daß dies schon jetzt die Absicht des Zentrums ist."

Daß das Zentrum diese Absicht wirklich hat, war uns von vornherein nach den Niederlagen seiner Vorhaben völlig klar. Man bedenke, es werden mehr als fünf Monate bis zur zweiten Lesung der Vorlage verstreichen. Ganz gewiß wird die Regierung und das Scharfmacherthum diese Zeit benutzen, Presse zu legen in die "Konsequenz" der Zentrumsleute und der Nationalliberalen, um für die Vorlage eine günstigere Stimmung und Situation im Reichstage zu schaffen. Da werden alle die bestammten Kontinuitäten wieder gelbt werden! Deshalb sollten bis zum Herbst Dr. Lieber und Genossen sich nicht überzeugen lassen, daß verführte Gesetzesbestimmungen gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts "nothwendig" seien? Bietet sich doch für das Zentrum damit eine günstige Gelegenheit für den Abschluß politischer Geschäfte. Die katholischen Arbeiter wird es in gewohnter demagogischer Weise zu täuschen versuchen; indem es ihnen schmeichelt und ihr Verhalten im Gegensatz bringt zu dem sogenannten "sozialdemokratischen Terrorismus". Das ist doch längst klar, daß das Zentrum gegen die Unterdrückung der selbstständigen Arbeiterorganisation, die keine Stellung und Wechsellösung durch Gesetze, Arbeitgeber und Beamte zuläßt, grundsätzlich garrichtig einzuwenden hat. Ohne Zweifel wird bei in Aussicht gestellte Gegenentwurf der Zentrumsfraktion darauf berechnet werden, unter dem Deckmantel prinzipieller Anerkennung der Koalitionsfreiheit gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, welche der Tendenz der Zuchthausvorlage entgegenkommen.

Unter Verächtlung alles dessen müssen die Arbeiter auf dem Wachen bleiben gegen die fortbestehende Gefahr der Vernichtung ihres Koalitionsrechts. Auch sie müssen die Zeit bis zum Wiederauftritt des Reichstages benutzen, um in all ihren Kreisen energische Proteste gegen jeden Versuch der Einschränkung des Koalitionsrechts zu veranlassen. Immer lauter, energischer und allgemeiner muß den Millionen der Arbeiterklasse der Ruf erklingen: "Her mit dem tods, uneingeschränkten Koalitionsrecht!" Der stärkste Nachdruck wird dieser Forderung verliehen durch die Ausgestaltung und innere Kräftigung der Arbeiterorganisation. Wenn erst die Mehrheit der Arbeiter der Organisation angehört und entschlossen für dieselbe eintritt, so ist damit das sicherste Bollwerk gegen das reaktionäre Vergewaltigungsgesetz gegeben. Sie sollen sich hüten, zu bauen auf "arbeiterfreundliche" Versicherungen ultramontaner und sonstiger staatsverhaltender Politiker. Auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft, ihren eigenen guten Willen müssen sie sich stützen, wenn sie Sieger bleiben wollen im Kampfe gegen die reaktionäre Vergewaltigungspolitik!

Besonders Ihr, Arbeiter des Baugewerbes, habt in erster Linie mit die Pflicht, den übrigen Arbeitern mit gutem Beispiele voranzugehen. Denn gerade das zukünftige Unternehmensmuth, mit welchem Ihr zu rechnen habt, ist ja bekanntlich engstens dem Geiste verbunden, ja, einer der hauptsächlichsten Träger des Geistes, aus welchem die Zuchthausvorlage erwachsen ist, wie wir in nachfolgendem Artikel näher ausführen wollen.

Stundmann.

* Ein wahrhaft salomonisches Urtheil in gewerblichen Angelegenheiten hat dieser Tage das Hamburger Landgericht (Zivilkammer IV) gefällt. Bei dem Maurermeister S. C. Lübbmann in Fuhlsbüttel (Hamburger Landgebiet) stand der Maurer R. in Arbeit. Einmal Tages erhielt er den Auftrag, bei einem Neubau eine gemauerte Schampanne zu verputzen. Während der Arbeit entdeckte, das Verputzen solle mit Sand und Zement geschehen, und zu diesem Zweck auch Zement an R. heranzugab, besaß der Meister Lübbmann, R. solle die Schampanne nur mit Sand und Wasser (1:1) verputzen. R.

wagerte sich, die Arbeit so auszuführen, wie Rühmann angeordnet hätte, und er sagte zur Begründung seiner Weigerung, daß eine derartige Arbeitsweise den anerkannten Regeln des Bauhandwerks zuwiderlaufe und von der Baupolizei nicht gebilligt würde. Rühmann sagte darauf zu, wenn ihm die Arbeit nicht passe, könne er gehen. Dabei gab er an, den gerade fälligen Wochenlohn. Diese plötzliche Entlassung ohne Kündigung wollte er sich nicht gefallen lassen. Er strengte Klage beim Amtsgericht auf Zahlung von Lohn für 14 Tage in Höhe von M. 61,20 an. Diese Klage wurde abgewiesen. Durch Rechtsanwalt Dr. Siefert wurde Johann Reuschling eingeklagt und diese damit begründet, daß man um 6 Uhr abends von einem Arbeitsgesellen verlangen könne, eine Arbeit auszuführen, die gegen die baupolizeilichen Vorschriften verstößt. Der § 61 des Hamburger Baupolizei-Gesetzes lautet: „Arbeiter und Arbeiterinnen müssen nach allen Seiten und im Grunde vollständig mit einer dicken Bekleidung versehen sein.“ Unter dem Begriff „dick“ fällt auch die fragliche Schamulleiste, also genüge für sie ein Verputzen lediglich mit Sand und Wasser, eine für die Haltbarkeit einfach genügende Arbeit, nicht.

Die Verurteilung wurde jedoch verworfen und zur Begründung folgendes ausgeführt: Ein Geselle kann unmöglich für Befugnis gehalten werden, die Ausführung einer ihm aufgetragenen Arbeit zu verweigern, weil diese Ausführung seiner Meinung nach irgend einer baupolizeilichen Vorschrift nicht entspricht. Die Einhaltung der baupolizeilichen Bestimmungen ist Sache der Arbeitsherren, beziehungsweise des Bauherrn, und es steht dem Gesellen nicht an, hinterher eine Kontrolle zu üben, um so weniger, als ihm die vertragsmäßigen Rechtsverhältnisse zwischen beiden nicht bekannt sind und er daher nicht wissen kann, ob nicht auch die Herstellung einer minderwertigen Arbeit den übereinstimmenden Wünschen der Weiden entspricht. Eine Weigerung ist nur dann statthaft, wenn er durch Ausführung der Arbeit bewußt gegen ein Gesetz verstößt und er sich um die Vermeidung desselben bemüht. Die Verweigerung der Arbeit war daher unerschuldig und die sofortige Entlassung berechtigt.

So die Begründung des Landgerichts.
Wir hatten das Urteil für vollständig unerschütterlich mit den Rechtsvorschriften, die im Reichsgesetzbuch, in der Gewerbeordnung und auch in den baupolizeilichen Vorschriften niedergelegt sind.

Der § 330 des Strafgesetzbuches lautet: Wer bei der Leitung oder Aufsicht eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verfahren hat, dadurch für Andere Gefahr entsteht, wird mit Gefängnis bis zu neunhundert Mark oder mit Geldstrafe bis zu einem Jahre bestraft.

Wo nicht nur der Leiter der Arbeit, sondern auch Derjenige, der die Arbeit ausführt, kann nach § 330 mit harten Strafen belegt werden. Nun kann man einwenden: Dadurch, daß die Schamulleiste nicht vorrichtsmäßig verputzt wird, kann kein Einsturz herbeigeführt werden und somit keine Gefahr für Andere entstehen. Aber entsteht denn nur Gefahr infolge Einsturzes? Was entsteht, wenn in nächster Nähe einer solchen vorrichtsmäßig verputzten Schamulleiste sich ein Brunnen befindet, dem zahlreiche Familien ihr Koch- und Trinkwasser entnehmen? Aus der Schamulleiste, in der sich allerlei Unrat sammelt, sickert die Flüssigkeit in den Brunnen und verpestet das Wasser und die Gefahr der Verunglimpfung durch Typhus rückt in greifbare Nähe. Wir wollen nicht bestreiten, daß der Maurer, wenn er diese Gefahr auf Veranlassung des Unternehmers mit heraufbeschworen hätte, von der Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt würde, aber der schwersten moralischen Verurteilung würde er nicht entgehen.

Wir glauben nicht, daß die Zivilkammer des Landgerichts die Angelegenheit nach dieser Seite geprüft hat. Aber das glauben wir, daß kein rechtschaffener Maurer sich bewußter Weise zu Unrichtigkeiten hergibt, wodurch für Andere Gefahr entsteht. Wir können auch nicht annehmen, daß ein Gericht bestimt ist, die baupolizeilichen Vorschriften zu ignorieren. Dies ist aber die Zivilkammer in ihrem Urteil. Die baupolizeilichen Vorschriften sind nicht bloß zum Schutze des Publikums erlassen, sondern vornehmlich auch zum Schutze der Bauarbeiter. Und darum steht auch diesen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu, daß die Vorschriften, und zwar ganz allgemein, eingehalten werden.

Das Recht, die ihm angewiesene Arbeit zu verweigern, steht ihm davon betroffen aber auch zur Seite in § 124 Abs. 2 der Gewerbeordnung. Der Paragraph lautet:

Vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufzählung können Gesellen und Gehilfen die Arbeit verlassen, wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder Familienangehörige derselben die Arbeiter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu herbeiführen suchen, welche wider die Vorschriften der Gewerbeordnung oder die guten Sitten lauten.

Die dem Maurer zugemutete Arbeit verstößt zweifellos gegen die Gesetze und gegen die guten Sitten. Die Arbeitsverweigerung war daher mit Recht am Platze. Da aber der Geselle nicht bestreitet, daß Arbeitsverhältnis überhaupt aufgegeben, der Unternehmer aber die Entlassung bestritt, folgt logisch — immer vorausgesetzt, daß tätige Kündigungspflicht bestand — daß der Unternehmer für zwei Wochen Lohn zahlen muß.

Wir glauben nicht, daß ein einziges Gewerbegericht einen anderen Standpunkt eingenommen hätte.

* Die Zuschauersvorfälle im Reichstag. Der Vereins-Anzeiger, Organ der Arbeiter-Vereinigung, schreibt: „Nach den übereinstimmenden Berichten der verschiedenen Zeitungen soll der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowski, bei der Beratung des Gesetzesentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ gesagt haben: „Der Gehalt in dieser Beziehung leidet sich eine im ‚Vorwärts‘ abgedruckte Forderung des Organs der Vereinigung der Arbeiter, die lautet: ‚Wehe Dem, der es wagen sollte, den Freiheitskämpfern der Sozialdemokratie zu nahe zu treten! Die Annahme der Zuschauersvorfälle durch den Reichstag wäre die Proklamierung der Revolution, nicht der Revolution desselben Tages, aber der Revolution der nahe Zukunft!“

„Wir erklären dieses Zitat für eine Fälschung. Weber hat, das Organ der Vereinigung der Arbeiter eine derartige Forderung gebracht, noch hat er Vorwärts eine solche daraus zitiert. Es ist uns durchaus unerschwinglich, wie der Herr Minister eine derartige Behauptung aufstellen konnte; vermuthlich ist ihm kein Material durchgefallen gekommen. Auf die Sache selbst werden wir, wenn der stenographische Bericht in unseren Händen sehr wird, in einem besonderen Artikel zurückkommen; einstweilen bitten wir die Presse, von dieser Verächtung Nichts nehmen zu wollen.

* Schutz der Arbeitsfreiheit. Dem vielen Mißbrauch, den die Vertheidiger der Zuschauersvorfälle zusammengerechnet und geschwieben haben, steht ein Flugblatt der Berliner Schiffsvertragsantwärtler, das uns nachträglich zu Gesicht kommt, die Krone auf. Niedertracht, Dummheit und Heuchelei sind in dem von „Schiffahrter“ Hand verbrochenem Schmierel so innig gemischt, daß man kaum weiß, welcher Eigenschaft man den Preis zuerkennen soll. Um die Subtel zu kennzeichnen, genügt es, die Einleitung hier wiederzugeben. Es heißt in dem Blättchen: „Das Verprechen der Deutscher Kaiserliche Schiffe hat seine Erfüllung gefunden: Der Gesell-Entwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses ist nunmehr erschienen. Was hat eine derartige und verwerfliche Agitation nicht schon seit Monaten über denselben alles zu verbreiten gewußt! Und nun? Alle böswilligen Gerüchte sind flüchtig zu Schanden geworden. Man kann sich nichts Wahrschilleres, nichts Resonanteres, nichts Gerechteres vorstellen als den Inhalt dieses Entwurfs. ... Das neue Gesetz aber erstreckt sich auf die Freiheit für Alle.“

Jedes weitere Wort über das Geschwafel ist unnütz.
* Interner Terrorismus. Der kürzlich gegründete Verband der Arbeiter in den Unterwerfungen Bremer haben, Westemünde, welche hat zum Statut den Zweck, die Interessen der Arbeiter gemeinsam zu vertreten gegenüber den Organisationen der Arbeiter und deren „unberechtigte“ Forderungen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch folgende Mittel: Reine Mitglieder des Verbandes darf streikende, wegen Streiks entlassene, oder in Aussperrung befindliche Arbeiter eines anderen Verbandsmitgliedes beschuldigen oder unterstellen. Im Falle eines eingetretenen Streiks hat das oben betroffene Mitglied die Namen sämtlicher Arbeiter sofort dem Vorstand schriftlich zu melden. Der Vorstand hat diese Arbeiterlisten auf dem schnellsten Wege den übrigen Verbandsmitgliedern mitzutheilen. Ist ein solcher Arbeiter irrtümlich von einem Mitglied angenommen, so ist derselbe sofort wieder zu entlassen resp. zu kündigen. Außerdem soll es dem Vorstand überlassen sein, weitere geeignete erscheinende Mittel zur Erreichung des im § 1 ausgesprochenen Zweckes zu treffen.

* Katastrophe der Debnungsbühnen. Auf den Kostenbüchern im Arbeiter-Verein (Vodum-Gemeinde) haben mehrere hundert polnische Bergarbeiter die Arbeit eingestellt, weil ihnen der Beitrag zur Knappschafftskasse im Verhältnis zu den niedrigen Löhnen zu hoch ist. Die Polen, meistens junge Leute, die als Schlepper und Pferdehüter in den Schächten arbeiten, stehen der Gewerkschaftsorganisation wie auch der Sozialdemokratie vollständig fern. Daher ist es begreiflich, daß es zu Ausschreitungen kam, als die Streikenden ihrer Meinung nach von der Polizei in ihren Unternehmungen beschämt wurden. Der Streikenden heißt die in der Organisation anwesende Disziplin. Sie geben wohl brav zur Kirche und sind auch recht lange arbeitswillig, aber wenn das Maß überlaufen ist, sind sie auch sehr feindselig und fragen der Teil weis nach Religion und Eigentum. In der verflochtenen Wode ist es recht humoralwärts hergegangen, Polizei und Gendarmerie haben sehr geschossen und gefahren; auch die Streikenden sollen geschossen haben; im Uebrigen wehrten sie sich gegen die Schlepper mit Steinwürfen. Mehrere Tote und Verwundete in großer Zahl waren der Erfolg. Dann wurde Militär requiriert.

Unsere Genossen und auch die im Verband organisierten Bergarbeiter lehnen selbstverständlich jede Verantwortung für den Streik und die grausigen Folgen ab. Der Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes hat schon in der Nr. 19 der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ vom 20. Mai d. J. in Voranhang der Dinge, die wegen der erhöhten Beiträge zur Knappschafftskasse eintreten können, eine Warnung erlassen, in welcher es heißt:

„Es ist geplant worden, im Dortmund Bezirk beim nächsten Lohntag gegen die nachfolgenden Abzüge, wie sie nach dem neuen Statut auf Grund des Berggesetzes einbehalten werden müssen, zu protestieren und zu verhandeln, auf diese Weise das neue Statut gesammeln zu annullieren. Da nun die Verletzung gegen das neue Statut schon sehr groß geworden und durch die Vereitelung der großen Bergarbeiter-Versammlung am 14. Mai bei Steinwede in Dortmund, wo über das neue Statut eingehend gesprochen werden sollte, noch verstärkt worden ist, so erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß man sich zu Unbesonnenheiten und wir möchten sagen, Kinderreihen hinreichend läßt. Strafe und Maßregelung würden ganz bestimmt die Folge davon sein.“

Wir waren daher ganz entschieden vor derartigen Dummheiten!

Bemerkten wollen wir noch, daß in der ersten unter dem neuen Statut fallenden Vorstandsitzung selbst Aeltere, die für das neue Statut gestimmt, nunmehr Protest dagegen eingeklagt haben.

In der Bergarbeiter-Versammlung, die am Sonntag, den 25. Juni, in Dorsfeld tagte, um gegen die Zuschauersvorfälle zu protestieren, wurde auch der am Tage zuvor ausgedruckte Ausnahmestand zur Sprache gebracht. Der Bergarbeiter-Schlichter erklärte, es sei Pflicht aller organisierten Bergleute, den Streik zu beenden, weil er sich nicht als Mittel zur Verbesserung herbeiführe. Letztere könne nur dadurch erfolgen, daß man bei den Knappschafftsstellen geeignete Leute wähle. Schlichter schloß mit den Worten: „Arbeiter! Gebt dem Volke Willen weiter und seien Sie nicht unbesonnen.“ Die Versammlung stimmte dem Redner vollständig zu. Der Bergarbeiter-Wächter sprach die Vermuthung aus, der Streik sei von Kapitalisten angezettelt worden und fordere dringend zum Eintritt in die Organisation auf, um mit deren Hilfe in geeigneter Weise gegen die Unterdrückung zu kämpfen.

Ferner liegt folgende Resolution des sozialdemokratischen Vereins in Dortmund vor:

Der sozialdemokratische Verein beauftragt auf's Besthäfteste die gestrigen Vorgänge in Herne. Wenn sich bis jetzt auch nicht beurtheilt, auf welcher Seite die Schuld liegt, so richtet er doch an alle Arbeiter die Aufforderung, keinen Kampf gegen das Kapital zu beginnen, ohne genügende Vorbereitung und Verständigung mit den organisierten Arbeitern, die durch ihre Partelle u. s. w. über die Berechtigung oder Ausmaß eines Streiks beschließen, ehe sie denselben ihre Zustimmung ertheilen, sowie sich von jeder Gewaltthatigkeit und Widersetzung fern zu halten, hält es aber im Interesse des öffentlichen Friedens auch für dringend nöthig, daß die Volksgewalt nur solche Beamte verwende, welche ausreichende Kenntniss der Gesetze und die Charaktereigenschaften der Arbeiter und Besonnenheit besitzen.“

Das wichtigste Mittel aber, um auf die Streikenden in Ruhe einzuwirken, die Abhaltung von Versammlungen im Streikgebiet, hat die Volksgewalt verboten. Die Streikenden sind sich selber und ihrem Unverstande überlassen.

Trotz aller vorliegenden Kluggebungen der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeiter gegen den Streik und die Prozesse hat sich die Schamacherpresse der Sunnm und Forsorten es nicht verbeßen können, die Vorgänge im Ruhrrevier für das Zuschauersgeseh zu frustifizieren. Die „Post“ schreibt:

„Die verächtlichsten Nachrichten bezogen, daß sich der Mangel an Schutz der Arbeitswilligen in recht empfindlicher Weise bemerkbar mache, eine treffende Illustration zu der jüngsten Haltung der Reichstagsmajorität bei Verachtung des Gesetzesentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Angesichts dieser plötzlichen Steigerung der sozialistischen Energie drängt sich der Gedanke von selber auf, daß sich die Streikverordnungen durch Neben à la Wasser- mann in ihrem Eignungsfähigkeit fähigen.“

Diesem Gedanke gegenüber genügen die drei Worte: Bewachte, unerschämteste Bage! Ebenso gelogen ist es, daß — wie der bergbauliche Verein im Oberbergamtsbezirk Dortmund in die Welt telegraphierte — daß die Ausnahmestellung von der Vereinigung der polnischen Sozialdemokraten angezettelt worden sei. Sehr treffend schreibt die „Frankf. Ztg.“:

„Zuerst geht man Polen in den rheinisch-westfälischen Industrierevieren; dann handeln die jungen Polen ihrer Natur gemäß; sie ergründen; und nun, nicht genug damit, daß man den deutschen Arbeitern Lohndrücker auf den Hals gesetzt hat, bemüht man sich die von den herbeigeholten Polen ausgegangenen Unruhen, um daraus einen Streik zur Erzielung des Koalitionsrechtes auch der deutschen Arbeiter zu dreifeln. Wenn das keine Perfektie ist, dann giebt es keine. Welt! ernsthaft, daß die Vorgänge in Herne für die Zuschauersvorfälle sprechen, sind gerade sie dazu angefallen, Material gegen die Vorfälle zu liefern. Es zeigt sich hier wieder, daß die organisierten Arbeiter, denen die Vorfälle an den Leib gehen will, die ruhigen, besonnenen Elemente sind, und daß es wieder zum Streik noch zu Erregten gekommen wäre, wenn die Organisten bereits genügenden Einfluß hätten. Das Einzige also, das man in dieser Hinsicht aus den Unruhen im westfälischen Ruhrrevier lernen kann, ist: Stärkt die Organisationen der Arbeiter!“

Baugewerbliches.

* Fähigkeit der Bauarbeit. Klona. Am Mittwoch, den 21. Juni, führte an dem Schutze in der Sommerhuberstraße ein Gerüst ein, wobei sechs Arbeiter mit in die Tiefe gerissen wurden. Der Arbeiter Rofs erlitt so schwere Verletzungen, daß er anderen Tages im Krankenhaus verschied. Ein anderer Arbeiter liegt schwer verletzt, wenn auch nicht lebensgefährlich darnieder. Das Gerüst soll in seinem unteren Theile zu schwach konstruirt gewesen sein. Die Arbeit wird von Wehrstedt in Ottenen ausgeführt. — In dem benachbarten Rindorf führte von dem Baum einer im Bau befindlichen Villa ein Maurer. Der Mann trug erhebliche Verletzungen, namentlich am Kopfe, davon und wurde in ärztliche Behandlung gegeben. Lebensgefahr soll für den Verunglückten nicht vorhanden sein.

Berlin. Auf dem Grundst. Iffendorfstraße 23 führte am 30. Juni ein Gerüst ein, wobei zwei Arbeiter schwer verunglückten. Drei Arbeiter waren beschäftigt, das Leitgerüst abzuschlagen, als plötzlich die Verholzung in der Gerüstern der zweiten Etage sich löste, wodurch das Leitgerüst seines Haltloses herabstürzte. Der Arbeiter Schiller wurde aus der Höhe der vierten Etage herabgeschleudert, er liegt hoffnungslos im Krankenhause; sein Kopf kippte, er lag eine Etage tiefer und trug einen Schenkelbruch und schwere Verletzungen am Kopfe davon. Der dritte Arbeiter, der in der Höhe der ersten Etage die herabgerathenen Bretter in Empfang nahm, kam ohne Verletzung davon.

Braunbach a. M. Am 21. Juni führte der nahezu vollendete Thurm der neuen evangelischen Kirche, einen Theil der Kirche mit sich reisend, ein. Verschiedenen waren nicht in Gefahr, da die Mauer ihre Arbeitsstelle kurze Zeit vor dem Einsturze verlassen hatten.

Danzig. Am 27. Juni führte die Vorderfront eines Neubaus in Langhülfe ein; das Haus war dem Sturz hoch bis zum Dach fertig; es ist auf einem alten Fundament aufgerichtet worden.

Edin a. M. Am 19. Juni führte ein Gerüst zusammen. Zwei Arbeiter wurden in die Tiefe geschleudert und schwer verletzt. — Am Samstag, den 1. Juli, Vormittags, führte am Neubau Reichlerplatz, Baummeister Schönbau, der Fassadenputz Freiburg von einem zweifelhafte Gerüste und war nach einigen Augenblicken todt. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

M. Gladbach. Durch einen Gerüstesturz an einem Neubau wurden am 23. Juni ein Schreinermeister getödtet und zwei Lehrlinge schwer verletzt.

Schaff. Am 30. Juni stürzte an dem Neubau der Baptistkirche ein sechs Stein breiter und drei Stein hoher Bogen ein, fünf Maurer unter sich begrabend. Zwei von den Beschäftigten waren sofort todt und drei sind schwer verletzt; zwei andere Arbeiter sind mit leichteren Verletzungen davongekommen. Schuld an dem Einsturz soll die Verwendung schlechten Materials sein; aber auch die technische Anordnung in Bezug auf die Ausführung des Bogens war nicht fehlerfrei. So hatte der Bogen, der, nebenbei gesagt, eine Spannweite von 6 m hatte, fast gar keine Widerlage und irgenwelche Verankerung fehlte gänzlich.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Ausgesperrt sind die Verbandskollegen in **Alzey** und **Pyritz** in **Pommern**.

Im Streik befinden sich die **Maurer** in **Mugdeburg, Dresden, Lettschin, Zorgelew, Zehdenick, Blankenburg a. S., Insel Hügen** (das Streikgebiet umfasst die Orte **Bergen, Binz, Sellin, Göhren, Putbus und Gising**), **Cöthen, Ebersfeld, Weissenfels, Freyhan-Krotzschin, Lüneburg, Wittau, Meerane** und **Darmstadt**.

Sperren sind verhängt über die **Bauten** der **Unternehmer Rod** in **Wandsbek, Weller, Kamp, Richter und Brinkmann** im **Baubezirk Langensfelde-Stellingen-Eidelstedt-Rohlfedt, J. Stralendorf** und **R. & A. Ströhlow** in **Sonnenburg** in der **Neumark, Scheel, Gaylen, Schacht und Hecks** in **Marzkeide, Hilbebrandt** in **Viereb, Schönebeck, Dinklos** in **Iserlohn, Bullermann** in **Münster i. Westf., Reich** in **Speyer, Thielbach** in **Beunstein** in der **Neumark, Gebr. Hoffmann, Fr. Stauch, Valth, Gahl** und **Elias Zimmermann** in **Ludwigshafen, Raune** in **Hamburg, Müller** und **Bautsman** in **Lützen, Pape** in **Pölsitz** und **Herm. Küster** in **Gollnow**.

Zugung ist weiterhin fern zu halten von **Altenburg, Jüterbog, Plauen i. Voigtl.** und **Sora**.

Die **Kollegen** in **Kirchhärder** haben durch **Bereinarbeit** mit den **vorliegenden** **Unternehmern** erlangt, daß der **Stundenlohn** vom **7 August** ab von **35** auf **40** M erhöht wird.

In **Remerschanden-Gesefmünde-Behe** haben nun auch die **Zimmerer** den **Streik** aufgehoben. Die **Arbeit** ist allgemein wieder aufgenommen.

Wendelt ist auch der **Streik** in **Schönningen**.

Gleichfalls beendet wurde der **allgemeine Streik** in **Braunschweig**. **Gesperet** sind vorläufig die **Bauten** der **Unternehmer Eise, Dohrenthal, Eggeling, Gröbner** und **Dörfling**. Die **vier** **Gesellen** sollen den bei **allen** **anderen** **Unternehmern** erlangten **Stundenlohn** von **45** M nicht, **Dörfling** hat **Maßregelungen** vorgenommen. **Verlag** wird von **Braunschweig** aus über **Schönninger** **Kollegen**, die auf **gesperrten** **Bauten** **Arbeit** aufgenommen haben.

Der **Streik**, der vom **10. April** bis zum **24. Juni** gedauert hat, **folgt** den **Gesellen** **M. 9592,84**; **dadon** wurden für **Streikunterstützung** **M. 8412,62** und für **Reisunterstützung** **M. 940,10** vorausgabt. In der **Unterstützung** leisteten die zu den **neuen** **Bedingungen** **Arbeitsenden** **M. 5095,95** und die **Berliner** **Localorganisten** **Maurer** **M. 4700**.

Die **Sperre** über den **Unternehmer Assel** in **Schadensleben** ist aufgehoben. **Assel** hat den **geforderten** **Lohn** von **28** M bewilligt.

In **Angsburg** hat sich die **Lage** des **Streiks** nicht geändert. In der **vorigen** **Woche** hatte es den **Aussehen**, als wenn es durch **Vermittlung** des **Gewerbeinspektors** und des **Regierungspräsidenten** zu **Unterhandlungen** zwischen den **Streikenden** und den **Unternehmern** kommen würde, jedoch ist eine **Verständigung** an dem **Prozenthöchstm** der **Unternehmer** gescheitert. Die **Unternehmer** hatten am **30. Juni** **Versammlung**, und nach **nicht** **ausdauernder** **Beratung** wurden sie sich **dahin** **einig**, den **Wunsch** des **Regierungspräsidenten** zu **ignorieren** mit der **Motivierung**, daß man mit der **streikenden** **Gesellschaft** **Angsburgs** in **keiner** **Form** und **auch** auf **weitere** **Handlungen** **reden** werde. Dieser **Beschluß** wurde nach am **ersten** **Abend** den **Herrn** **Gewerbeinspektor** **Vankler** **mitgeteilt** und **gleichzeitig** das **Gesuchen** an ihn **gestellt**, dem **Herrn** **Regierungspräsidenten** **das** **Mittheilung** zu **machen**. In den **Belegungen** haben **34** **Unternehmer** **dem** **Bekannt** **gegeben**, daß die **jenigen** **Maurer**, die bis zum **5. Juli** die **Arbeit** zu den **von** den **Unternehmern** **festgesetzten** **Bedingungen** **nicht** **angenommen** haben, in **diesem** **Jahre** **nicht** **mehr** in **Arbeit** **gestellt** werden sollen.

Das **Wort** das **letzte** **Wort** der **Unternehmer** aber **wohl** **nicht** **sein**. Die **Streikenden** haben mit **178** **gegen** **1** **Stimme** die **übrigen** **60** **befanden** sich auf **Kontrolle** **beschlossen**, den **Streik** **fortzuführen**. Die **Streikenden** werden aber, wenn sie ernsthaft gewillt sind, den **Kampf** **weiterzuführen**, zum **größten** **Theil** **abreisen** **müssen**. **Arbeitslosigkeit** in **München** und **anderen** **größeren** **Städten** **Bayerns** ist den **Streikenden** **geboten**.

Der **Zug** war **trüb** **aller** **Anstrengungen** der **Unternehmer** und **Unterstützung** durch die **Polizei**- und **Wahnhörden** **nur** **gering**. **Nur** **16** **Italiener** haben in der **vergangenen** **Woche** die **Arbeit** **angenommen**, und **auch** **diese** **werden** **wohl** **nicht** **lange** **Stand** **halten**. **Ueber** die **Ankunft** **dieser** **Italiener** **berichtet** die **Neue** **Magdeburger** **Zeitung** **unter** **27. Juni**:

Gestern **Abend** **am** **8. Juni** **hiesigen** **Bahnhof** **zu** **einem** **großen** **Menschenauflauf**. **Der** **Abend** **7** **Uhr** **10** **Minuten** **füllte** **der** **Wagen** **mit** **178** **Männern** **italienischer** **Maurer**, **welche** **von** **den** **Meistern**, **Parteien**, **einem** **Polizeikommissar**, **einem** **Oberwachmeister** **und** **zwei** **Schulzhen** **erwartet** **wurden**. **Den** **streikenden** **Gesellen** **wurde** **die** **Ankunft** **nach** **in** **letzter** **Minute** **berichtet**, **worauf** **sich** **sofort** **50** **streikende** **Maurer**, **darunter** **drei** **Maschinen**, **auf** **den** **Bahnhof** **begaben**. **Die** **Meister** **überreichte** **hatten** **Flügel** **bestellt**, **welche** **zur** **Aufnahme** **der** **antommenden** **Italiener** **bestimmt** **und** **auf** **der** **Straße** **unmittelbar** **in** **der** **Nähe** **des** **Bahnhof** **Güterabgabeplatzes** **hintergestellt** **waren**. **Von** **Seiten** **des** **Oberbahnmeisters** **wurde** **die** **Bewilligung** **ertheilt**, **daß** **zug** **721** **in** **der** **Nähe** **des** **Bahnhof** **eisenen** **Steges** **zum** **Abgang** **gebracht** **wurde**, **um** **dadurch** **die** **Berugung** **der** **antommenden** **Arbeiter** **bei** **Meistern** **zu** **erleichtern**. **Die** **antommenden** **italienischen** **Arbeiter** **entfingen** **hier** **den** **Zug** **und** **überschritten** **die** **Gelände**, **begleitet** **von** **den** **Meistern** **und** **der** **Schuttmannschaft**, **um** **so** **zu** **den** **auf** **der** **Bahnhof** **Seite** **wartenden** **Flügel** **zu** **gelangen**. **Der** **Zug** **legte** **daraufhin** **die** **Fahrt** **in** **den** **Bahnhof** **peron** **fort**, **wo** **erst** **die** **übrigen** **Passagiere** **ausstiegen**. **Da** **gerade** **Fabrik**

vor, **sammelte** **sich** **alsbald** **eine** **hundertköpfige** **Menschenmenge** **in** **der** **Nähe** **der** **Bahnhof** **Zur** **Kassierin** **an**, **und** **der** **eiserne** **Steg** **war** **einige** **Minuten** **lang** **von** **Personen**, **welche** **von** **dem** **Bahnhof** **zu** **den** **provisorischen** **Flügel** **abgelagert** **waren**, **die** **in** **die** **Flügel** **einströmten**. **Die** **angekommenen** **Maurer** **wurden** **von** **den** **Meistern** **förmlich** **beschlagnahmt**, **und** **als** **drei** **bereits** **sich** **bereit** **zeigten**, **ebenfalls** **in** **den** **Streik** **einzutreten**, **wurden** **sie** **fast** **mit** **Gewalt** **zurückgezogen**. **Nur** **ging** **die** **Fahrt** **auf** **den** **Bahnhof** **der** **Stroh** **und** **Stroh** **Fabrik**. **Die** **drei** **abfahrenden** **Maurer** **verfolgten** **die** **Flügel**, **und** **die** **übrigen** **Streikenden** **begaben** **sich** **in** **möglichst** **rascher** **Tempo** **auf** **die** **besagte** **Wasselle**. **Wiederum** **sammelte** **sich** **eine** **große** **Menschenmenge** **an**, **wobei** **es** **den** **Aussehen** **hatte**, **als** **ob** **ernstliche** **Ausschreitungen** **bevorstünden**. **Einige** **Proleten** **gegen** **die** **Meister** **wurden** **laut**; **die** **streikenden** **Maurer** **berstießen** **sich** **jedoch** **vollkommen** **ruhig**. **Die** **angekommenen** **Arbeiter** **wurden** **sofort** **in** **einer** **improvisierten** **Wohnung** **des** **Hausbau** **untergebracht**, **wo** **sie** **bis** **auf** **Weiltes** **wohnten**.

Einige **andere** **kleinere** **Trupps** **Zugiehender** **nahmen** **die** **Arbeit** **nicht** **an**. **In** **Darmstadt** **haben** **sich** **190** **Maurer** **aus** **Dieburg** **und** **Grünmünch** **bereit** **finden** **lassen**, **als** **Streikbrecher** **im** **Auftrag** **zu** **arbeiten**; **darunter** **arbeiten** **nach** **66** **Mann** **im** **Tage** **lohn** **als** **Streikbrecher**. **Ein** **Unternehmer** **aus** **Darmstadt** **und** **sieben** **aus** **der** **Umgebung** **haben** **die** **Forderung** **der** **Streikenden** **bewilligt** **und** **beschäftigt** **133** **Gesellen**. **Die** **Zahl** **der** **Streikenden** **betragt** **nach** **228**, **250** **find** **abgerückt**. **Unterhandlungen** **mit** **der** **Lohnkommission** **lehnen** **die** **Unternehmer** **kurzerhand** **ab**; **sie** **berufen** **sich** **auf** **ihre** **am** **26. April** **bestimmte** **gegebenen** **Bedingungen** **und** **glauben** **ihren** **Vertrag** **an** **Maurern** **zu** **diesen** **Bedingungen** **bedenken** **zu** **können**. **Ein** **Unternehmer**, **Wolf**, **hat** **9** **Mann**, **Maurer** **und** **Zugelöhner**, **aus** **der** **Strasens** **„entlassen“**. **Auf** **Vorstellung** **des** **Justizministers** **hat** **dieser** **angordnet**, **daß** **die** **Strahlige** **zurückgezogen** **seien**. **Der** **Unternehmer** **König** **beschäftigt** **12** **Soldaten** **aller** **Waffen** **gattungen** **als** **Maurer** **und** **Zugelöhner**.

Im **Altenburger** **wird** **berichtet**: **In** **der** **vergangenen** **Woche** **haben** **wir** **sehr** **unter** **Zugung** **zu** **sehen**. **Aber** **nur** **die** **Berliner** **haben** **die** **Arbeit** **angenommen**. **Am** **Dienstag** **kamen** **acht** **Berliner** **unter** **Führung** **eines** **Herrn** **Sammler** **hier** **an**, **welche** **die** **Arbeiten** **des** **Maurermeisters** **Meier** **im** **Auftrag** **fertig** **machen** **sollen**. **Die** **Beute** **legitimierten** **sich** **als** **Mitglieder** **des** **„Gewerkschaftlichen** **Bereins** **der** **Maurer** **Berlins“**, **worin** **aber** **nicht** **haben** **zu** **überzeugen**, **daß** **sie** **hier** **die** **Arbeit** **nicht** **aufnehmen** **dürfen**. **Den** **Leuten** **gab** **man** **hier** **60** M **Stundenlohn** **bei** **neun** **stündiger** **Arbeit** **und** **den** **Altenburger** **will** **man** **nicht** **45** M **die** **Stunde** **geben**. **Da** **die** **Berliner** **hier** **keine** **Bauarbeiter** **tragen** **konnten**, **wurden** **auch** **von** **Berlin** **sofort** **zwei** **Bauarbeiter** **telegraphisch** **herbeigeholt**; **sie** **kamen** **dem** **am** **anderen** **Tag** **an**. **Die** **Altenburger** **haben** **nicht** **gelaubt**, **daß** **von** **Berlin** **Streikbrecher** **nach** **Altenburg** **kommen** **würden**. **Als** **Streikbrecher** **arbeiten** **im** **Gang** **32** **Gesellen**; **sehn** **arbeiten** **zu** **den** **neuen** **Bedingungen** **und** **sechs** **finden** **sich** **nach** **im** **Streik**. **Vor** **dem** **Streik** **waren** **118** **Gesellen** **beschäftigt**.

In **Wolgast** **(Vorpommern)** **ist** **es** **pöblich** **zum** **Streik**, **weil** **ein** **Unternehmer** **auf** **eine** **kleine** **Lohnforderung** **der** **Gesellen** **mit** **der** **Verlängerung** **der** **Arbeitszeit** **antwortete**. **Darauf** **legten** **27** **Kollegen** **die** **Arbeit** **nieder**.

Nach **Ergebn** **der** **Debatte** **geht** **uns** **die** **Mittheilung** **zu**, **daß** **der** **Streik** **beendet** **und** **die** **Arbeit** **am** **Montag** **wieder** **angenommen** **worden** **ist**. **Der** **Stundenlohn** **wird** **von** **15** **auf** **20** M **erhöht**. **Der** **Streik** **ist** **auch** **ber**, **daß** **der** **Unternehmer** **geneigt** **ist**, **mit** **den** **Gesellen** **über** **Lohn** **und** **Arbeitsbedingungen** **fröhlich** **zu** **unterhandeln**. **Bisher** **glaubte** **er**, **nur** **allein** **bestimmen** **zu** **dürfen**.

In **Zorgelew** **sind** **sich** **bei** **dem** **Unternehmer** **Hünse** **zwei** **Berliner** **Maurer** **als** **Streikbrecher** **ein**, **so** **daß** **die** **Zahl** **der** **„Arbeitswilligen“** **sich** **wieder** **auf** **acht** **erhöht** **hat**.

In **Neustrelitz** **und** **Streitz** **(Westpreußen)** **sind** **die** **Maurer** **in** **den** **Streik** **getreten**.

Neuere **Mittheilungen** **zufolge** **ist** **der** **Streik** **bereits** **beendet**. **Die** **Unternehmer** **bewilligten** **zehn** **stündige** **Arbeitszeit** **und** **81** M **Stundenlohn**, **so** **wie** **auch** **fast** **alle** **anderen** **Forderungen** **der** **Streikenden**. **Bisher** **wurde** **elf** **Stunden** **gearbeitet** **bei** **einem** **Durchschnitts** **Stundenlohn** **von** **26** M . **Die** **neuen** **Abmachungen** **sollen** **bis** **zum** **1. April** **1900** **gelten**.

Die **Krotzschiner** **Maurer** **und** **Zimmerer** **haben** **zum** **großen** **Theil** **das** **Streikgebiet** **verlassen**. **Nur** **16** **Streikende** **bleiben** **zunächst** **am** **Orte**, **um** **die** **Entwicklung** **des** **Streiks** **abzuarbeiten**. **Als** **Streikbrecher** **blieben** **22** **Maurer** **und** **8** **Zimmerer** **bleiben**.

Die **vorigen** **Streikblätter** **berichten**, **in** **einer** **Versammlung** **sei** **den** **Streikenden** **mitgeteilt** **worden**, **daß** **sie** **aus** **der** **Generalstreik** **keine** **Unterstützungen** **zu** **erwarten** **hätten**. **Wir** **wollen** **hier** **ausdrücklich** **konstatieren**, **daß** **wenn** **das** **Gesetz** **in** **der** **Versammlung** **folgt** **wird** **worden** **ist**, **daß** **ein** **einmal** **über** **den** **Streik** **berichtet** **worden** **ist**, **daß** **die** **Krotzschiner** **Streikenden** **wurden** **unterstützt** **wie** **alle** **übrigen** **Verbandsmitglieder**.

Ueber **den** **Dresden** **Streik** **berichtet** **die** **Lohnkommission**: **Die** **Lage** **hat** **nicht** **groß** **verändert**, **4** **Unternehmer** **haben** **den** **Latz** **wieder** **unterzeichnet** **und** **36** **Baupläge** **sind** **von** **Maurern** **nicht** **bestellt**. **Die** **Kommission** **hat** **in** **allen** **Dritten** **Sachsen** **und** **Westphalen**, **die** **für** **die** **Maurer** **in** **Frage** **und** **in** **den** **Streik** **beständige** **Frühblätter** **verbreitet**, **und** **in** **den** **verstreuten** **Zeitung** **Sachsen** **und** **in** **den** **ausländischen** **Arbeitsblätter** **erklärt**, **daß** **der** **Streik** **in** **Dresden** **fortdauert**. **Die** **Unternehmer** **bedauern** **alles** **Mögliche**; **durch** **solche** **Vorbringen** **leiden** **die** **Arbeiter**, **der** **Streik** **ist** **beendet**, **und** **Verprechen** **eines** **höheren** **Lohnes**, **der** **aber** **nicht** **erfüllt** **wird**, **trübt** **man** **Streikbrecher** **heranzuziehen**. **Es** **ist** **ihnen** **auch** **gelungen**, **eine** **Anzahl** **Italiener** **und** **Gesellen**, **die** **zurzeit** **im** **Land** **arbeiten**, **nach** **hier** **zu** **transportieren**. **Die** **Unternehmer** **wären** **aber** **fröh**, **wenn** **sie** **dieselben** **wieder** **los** **würden**, **fals** **sich** **nur** **bessere** **Arbeitskräfte** **finden** **würden**. **Auch** **der** **geringe** **Zugung** **wäre** **nicht** **zu** **verzagen**, **wenn** **alle** **Kollegen** **ihre** **Pflicht** **gethan** **hätten**. **Die** **zu** **neuen** **Bedingungen** **abgegebenen** **Kollegen** **trifft** **hauptsächlich** **dieser** **Vorwurf**, **si** **haben** **sich** **bisher**, **mit** **wenig** **Ausnahmen**, **fast** **garantiert** **an** **den** **Arbeiten**, **die** **bei** **einer** **Lohnbewegung** **notwendig** **sind**, **bestellt** **und** **halten** **es** **nicht** **für** **notwendig**, **die** **Versammlungen** **zu** **besuchen**. **Es** **wird** **verlangt**, **daß** **die** **Kollegen**, **nun** **endlich** **von** **ihrem** **egoistischen** **Standpunkte** **ablassen** **und** **sich** **an** **den** **erforderlichen** **Arbeiten** **mehr** **als** **bisher** **bestimmen** **und** **die** **Streikenden** **unterstützen** **sollen**.

Der **Arbeitsgeberverband** **für** **das** **Baugewerbe** **hat** **es** **wieder** **einmal** **für** **notwendig** **gehalten**, **in** **den** **Zeitung** **von** **aller** **Melt** **und** **zu** **geben**, **daß** **er** **die** **Forderungen** **der** **ausländischen** **Maurer** **nicht** **bestimmen** **will**. **Sie** **ist** **er**, **daß** **sich** **nach** **Maurer** **gefunden**

Das Interdikt wird berichtigt, daß die hiesigen Maurer in den Streit zu treten gedenken, wenn nicht noch im Laufe dieser Woche die Unternehmer den von den Gesellen aufgestellten Tarif anerkennen.

Die Oberfelder Maurer sind am Montag, den 8. Juli, in den Streit getreten. Die Kollegen in Essen (Ruhr) beschlossen in zwei stark besuchten Versammlungen, in die Lohnbewegung einzutreten. Es soll ein Stundenlohn von 45 A gefordert werden; für Junggefellene und für durch Unfall und Invalidität nicht mehr voll arbeitsfähige Gesellen kann ein niedriger Lohn vereinbart werden. Die Vertikung der Arbeitszeit unter 11 Stunden wird nicht gefordert. Eine aus drei Mann bestehende Lohnkommission erhält den Auftrag, sich mit den Unternehmern in Verbindung zu setzen.

Stuttareure.

Bzug ist fern zu halten von München-Gladbach, Münster i. W. und Chemnitz.

Die Westfälische Bauarbeiter haben an die Unternehmer Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt und gebeten bei Zurückweisung derselben in den Streit einzutreten. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß bevor es zum Streik kommt, Schritte zur Einigung unternommen werden. Nach dem hohen, vollzogenen Friedensschluß mit den Maurern dürfte das Unternehmertum auch wohl geneigt sein, den Bauhelferarbeiten entgegen zu kommen. Ammerich werden unsere Kollegen auf ihren, Berlin vorläufig zu bleiben. Die Zimmerer haben den Antrag gestellt, daß die Unternehmer auch mit ihrer Korporation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einseitlich regeln.

Die Leipziger Formier haben den Generalrat erklärt. In einer Sitzung in Leipzig tritten die Formier, um die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen und für die Hilfsarbeiter eine kleine Lohnerhöhung zu erreichen. Darauf ließ der Generalrat erklären: Wer nicht bis zum 12. Juni die Arbeit wieder aufnehmen kann, wird auf zwei Jahre ausgeschlossen. Auf diese Drohung antworteten die Formier mit dem allgemeinen Streik.

In der Sitzung tritten an 400 Steinarbeiter. Die Unternehmer planen die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter, wenn die Steinarbeiter nicht alsbald die Arbeit aufnehmen.

Das Dänemærk. Das Schiedsgericht hat am 24. Juni sein einmütiges Urteil dahin abgegeben, daß die Aussperrung moralisch und juristisch ungesetzlich ist. Das Schiedsgericht, das aus drei Arbeitern und drei Unternehmern, sowie einem von dieser Kommission gewählten, Vorsitzenden besteht, hat zwar nicht gefunden, daß die Kläger (die Aussperrten) zur Förderung einer Verzeigung fähig sind, hat aber ausgesprochen: Jedoch liegt infolgedessen ein Rechtsbruch vor, als die Aussperrung nicht mit den Voraussetzungen übereinstimmt, von denen die Kläger bei Aufstellung der Verträge ausgegangen sind.

Die liberale Presse Dänemarks beruht auf Grund des Schiedsgerichtsurteils die Unternehmer auf's Schärfste. "Politiken" schreibt: Die Meinung des Urteils ist, daß von Seiten der sieben Metzgerorganisationen ein Vertragsbruch begangen ist. Hierfür hat man jetzt das Wort des Schiedsgerichts.

Die Aussperrung ist nach der einstimmigen Empfehlung des Gerichts auf einen Vertragsbruch gegründet; sie freit gegen die Voraussetzungen, von welchen auszugehen die Arbeiter bei Errichtung der Verträge berechtigt waren, und wenn auch das Verhalten der Unternehmer — ebenso wie so mancher anderer Schwelbeteien — nicht strafbar ist, ist es doch sonderbar unmöglich, davon abzukommen, daß es gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit, welche notwendig ist zu einem guten Zusammenarbeiten und zu gegenseitigem Respekt.

Das Urteil wird es Allen klar machen, daß es ein unzulässiger Schritt war, die Aussperrung auf einer solchen unzulässigen Grundlage zu erklären, so daß es ein Verbrechen gegen die Gerechtigkeit ist, die Aussperrung noch immer fortzusetzen.

Das Urteil sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß es ein ungesetzlicher Vertragsbruch war, die Arbeiter auf die Straße zu werfen.

Das Urteil richtet die Aufmerksamkeit auf den Umstand, warum die Aussperrung so lange und so hartnäckig und so niedrig sich dagegen gestellt haben, vor die Schranken des Schiedsgerichts zu kommen. Sämtliche Mütter verlangen, daß die Aussperrung aufgehoben werden soll. Die Unternehmer haben es jedoch auf die Zerstückelung der Arbeiterorganisationen abgesehen. Sie machen allerlei Winkeltänze, die Aussperrung in die Länge zu ziehen. Es ist offensichtlich durch die Mütter herausgefunden, daß die Unternehmer außer den Forderungen, welche sie aufgestellt haben und durch welche sie die Organisationen zerstören wollen, wenn die Arbeiter stellen wollen. Mit anderen Worten, sie wollen Stufenkontrakte schaffen und wollen die Arbeiter dazu zwingen, diese zu unterzeichnen, ehe sie zur Arbeit angenommen werden.

Es wird immer mehr offenbar, daß die Aussperrung, lange vorher geplant war. Schon Anfang Mai haben die Banken alle Bankkonten abgegriffen, weil sie da bereit waren, daß die Unternehmer die Aussperrung planten; aber gerade die Banken werden auch jetzt bald einen starken Druck auf die Arbeitgeber ausüben, weil die bescheidenen Banken in diesem Jahre nicht mehr fertig werden können, wenn die Arbeit nicht Anfang Juli wieder aufgenommen wird. Liebergibt das Maurermeister, Strauß, einer der Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins, berathen, daß die Aussperrung auf sechs Wochen berechnet war und deshalb der erste Vorliegende Anberufen für so lange nach Gms gerückt sei. Man hoffte, daß in dieser Frist die Arbeiter zu ausgedehnter Arbeit würden, daß man ihnen die Bedingungen diktiert konnte. Darin hat man sich getäuscht. Die Arbeiter stehen noch heute gerade so einig und stark da, wie am ersten Tage.

Es macht sich aber auch dringend nötig, daß die deutschen Arbeiter ihre dänischen Brüder kräftig unterstützen, damit sie nicht noch in letzter Stunde dem Sünner sich beugen müssen. Das dänische Unternehmertum hat die Unterstützung des deutschen Unternehmertums gefunden dadurch, daß diese die dänischen Arbeiter auch in Deutschland von der Arbeit zurück-

gewiesen hat. Wohlthun, Genossen, thut Eure Hilfsbereitschaft kund durch ausreichende Geldunterstützung.

Aus unserer Bewegung.

(Redaktionsklub für Verammlungsberichte und Eingekant's Montags Abends 8 Uhr.)

An die Zahlstellen des Agitationsbezirks Dortmund. Die unterzeichnete Kommission ersucht die Vertrauensmänner resp. Bevollmächtigten, umgehend öffentliche Maurer- oder Bauhandwerker-Verammlungen einzuberufen mit der Tagesordnung: Was lehrt uns die Aussperrung resp. der Ausfall der Berliner Maurer? Werden Referenten zu diesen Verammlungen gewünscht, so ist dies der Kommission rechtzeitig mitzutheilen.

Die Agitationskommission der Maurer für den Bezirk Dortmund. J. M. Karl Paswaldt.

Eine Konferenz der Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Oberfrankens fand am 25. Juni in Bayreuth statt. Vertreter waren die Zahlstellen Hof durch drei, Weich durch fünf, Bayreuth durch elf Kollegen. Als Vertreter der Agitationskommission war Kollege Metzel-Münsterberg erschienen, der die Delegierten herzlich begrüßte.

Kollege Schmid-Sulzbach schilderte in einem kurzen Ueberblick die überaus traurigen Verhältnisse in Sulzbach und bemerkte hierzu, daß diese Mißstände nur durch eine strenge Organisation beseitigt werden könnten. Kollege Staube-Hof erklärte, daß die Verhältnisse in Hof ebenso lagen wie in Sulzbach, und daß in Hof mit Rücksicht auf die vielen unorganisierten Maurer, die namentlich aus Italienern bestehen, auch vorläufig an eine Besserung nicht zu denken sei. Kollege Selberich-Bayreuth kann aus seinem Orte nichts Besseres berichten und behauptet, daß die Bayreuther Kollegen sehr lässig im Agitieren und Sammeln zum Streikfonds waren. Kollege Selberich-Bayreuth ergänzte die Ausführungen des Vorredners und führte an, daß es in Bayreuth Gebrauch sei, daß, wenn ein Maurer eine Stunde veräume, er mit einer Mark von Meißler aus bestraft werde. Meißler aber hat Geld fäme und was damit gemacht werde, davon wisse Niemand was. Meißler betonte, daß solche Zustände unter allen Umständen abgeändert werden müssen. Kollege Selberich-Bayreuth wies darauf hin, daß wenn Kollegen vor Eintritt in das Arbeitsverhältnis das "Statut" zum Unterzeichnen vorgelegt wird. Die Kollegen sollten sich nur einmütig weigern, diese "Arbeitsordnung" zu unterzeichnen. Kollege Weichmann-Münsterberg gab einen kurzen Ueberblick über die dort stattgehende Lohnbewegung. Die Verhältnisse haben sich etwas gebessert. Meißler bestätigte aber, daß die Beitragserhebung auf den Zusammenhalt der Bauarbeiter Kollegen sehr nachtheilig wirken werde, da dieselben nicht gewillt wären, auch fernherhin freiwillige Beiträge zum Streikfonds zu zahlen. Kollege Metzel betraug dann die einzelnen Berichte und betonte ausdrücklich, daß die Bayreuther Kollegen für die Beschäftigung der Mißstände ganz besonders einzutreten hätten.

Die "Arbeitsordnung" mit den Strafgebühren verlorse wahrscheinlich auch gegen die Reichsgerichtsverordnungen. Ferner gab Kollege Metzel einen kurzen Ueberblick über die Sammlungen zum Streikfonds in den Jahren 1897-1898 und brüde sie im Bedauern darüber aus, daß einige Zahlstellen im Jahre 1898 weniger zum Streikfonds beigetragen haben als im Vorjahre; die anwesenden Kollegen mußten mit aller Kraft dafür eintreten, daß der Organisation ausreichende Mittel zur Führung der Lohnkämpfe zur Verfügung gestellt werden.

Im Anschluß hieran hielt Kollege Metzel einen Vortrag über: Die allgemeine Lohnbewegung und die Einwirkung unserer Organisation auf dieselbe. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: In Erwägung, daß nur durch eine Verbesserung der Verhältnisse im Baugewerbe möglich ist, respektive eine Verschlechterung verhindert werden kann, wenn die angestrebte der Organisation angehörenden Kollegen derselben erhalten und die noch fern stehenden baldigst herangezogen werden, verpflichten sich die auf der Konferenz anwesenden Verwaltungsbeamten aus dem Kreise Oberfrankens, mit aller Kraft für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen; ferner verpflichten sich die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die Verbandsmitglieder mehr als bisher für den freiwilligen Streikfonds leisten, um alle im Kampf liegenden Kollegen hinreichend unterstützen zu können.

Im dritten Punkt der Tagesordnung berichtet Metzel über den Stand der Agitation in Bayern. Der Agitation sehe nach ein großes Feld offen. Man dürfe sich nicht allein auf die Agitationskommission verlassen. In jedem Orte und darüber hinaus in der Umgebung müßte von den hiesigen Kollegen agitiert werden, dann würde mehr erzielt, als durch einige von der Agitationskommission veranstaltete Verammlungen. Aber auch die Agitationskommission müßte thätigster Unterstützung werden, um in den Gegenden agitiert zu können, wo wir noch gar keine Verbindung haben. Meißler erinnert an die auf der Bürgerkongressen gehaltenen Beschlüsse, wonach jede Zahlstelle durch freiwillige Gaben an die Agitationskommission zur Deckung der Kosten beitragen solle. Diesen Beschlüsse seien bis jetzt erst drei Zahlstellen nachgegeben. Kollege Staube erklärt, daß die Hoyer Kollegen keine Unterstützung abgeben konnten, da sie selbst große Mittel zur Agitation nötig haben. Kollege Metzel giebt sich damit zufrieden. Eine den Ausführungen Metzel's entsprechende Resolution wurde angenommen.

Im Punkt "Rechtliches" wird noch in Anregung gebracht, die Streikfondsarten in die Mittelglieder einzuflechten, damit eine bessere Ueberblick und Kontrolle geschaffen werde. Kollege Staube wünscht, daß die nächstjährige Konferenz in Hof abgehalten werde. Metzel stimmt diesem bei, soweit eine Zusammenkunft der Verwaltungsbeamten bei in der Nähe von Hof liegenden Zahlstellen in Betracht käme. Sollte aber eine allgemeine Konferenz für den ganzen Agitationsbezirk stattfinden, dann würde Hof etwas abgesehen sein.

Zum Schluß richtete Metzel noch eine kernige Ansprache an die Delegierten, hies auf den Posten zu sein und auch überall mitzuwirken in den Probeversammlungen gegen die Zuschlagsvorlage. Mit einem Glos auf die deutsche Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen.

Die Zahlstelle Apenrade hielt am 23. Juni eine Verammlung ab. Es wurde eine Kommission zur Bankontrolle

gewählt. Beschlossen wurde dann, die verfallenen Gelder dem Vorstand zwecks Streikunterstützung zu übergeben. Der Bevollmächtigte klagt bitter darüber, daß die Apenrader Kollegen die Verammlungen so schlecht besuchten und sich überhaupt wenig um ihre Pflichten als organisierte Arbeiter kümmern. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, die Apenrader Maurer aus ihrer Trägheit etwas aufzurütteln.

Die Verammlung der Zahlstelle Berlin III (Mahlpugen) beschloß am 21. Juni, sich mit den auswärtigen Maurern Berlins solidarisch zu erklären. Gegenüber mehrlachen Kollegen, Mahlpuget als Streikbrecher für die auswärtigen Maurer zu verwenden, wurde allen Mahlpugetern zur Pflicht gemacht, alle derartigen Berichte seitens der Unternehmer entschuldig zurückzuweisen und lieber die eventuelle Entlassung entgegen zu nehmen. Der Antrag, daß von dieser Woche ab jeder Mahlpuget M. 8 pro Woche als Unterstützung für die auswärtigen Maurer zu entrichten hat; ferner, daß an die Hauptkasse des Verbandes eine sofortige Unterstützung von M. 600 gezahlt wird, gelangte nach längerer Verpredung einstimmig zur Annahme.

Die Zahlstelle Berlin IV (Zementiker und Verammlungen) hielt am Dienstag, den 27. Juni, bei B. u. S. K. eine außerordentliche Mitglieder-Verammlung ab. Zum Punkt I stellen einige Kollegen den Antrag, für die Maurer zu sammeln. Kollege Mahn sprach besonders für die Unterstützung der Kopenhagener Maurer. Von verschiedenen Kollegen wurde jedoch darauf hingewiesen, daß der Maurerstreik bezeugt und es daher besser sei, erst für unsere Kollegen zu sammeln, die durch den Streik arbeitslos geworden sind. In der Diskussion, welche sich lebhaft gestaltete, wies Kollege S. auf die darauf hin, daß unsere Organisation noch zu schwach ist, um Geld für Entlastung aufbringen zu können. Er betonte besonders, daß die schlechten Arbeiter, so schnell wie möglich ihrer Pflicht und Schuligkeit nachzukommen haben und hat dringlich, daß die besten Arbeiter zu agitieren und für bessere Verammlungsbesuche Sorge zu tragen. Im Punkt "Rechtliches" stellte Kollege Diez die in den Antrag auf Lohn-erhöhung. Ferner wurde die Nachfristigkeit des zweiten und dritten Forderungen stark gerügt, was zur Folge hatte, daß die Verammlung beschloß, die beiden Kollegen S. und M. um 11 Uhr Kollege S. mit einem kräftigen Glos die Verammlung. Bemerkung: Der ungeliebte Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Paul Schumann, Uferstraße 14 B. und beim Restaurateur C. Köhler, Marktstraße 22 B. Fernsprechanschluß Amt 2, Nr. 1616. Die Mitglieder-Verammlungen finden jeden Mittwoch nach dem 15. im Monat statt. Die nächste Verammlung tagt am Mittwoch, den 18. Juni, Abends 8 Uhr, bei B. u. S. K., Grenadierstr. 88.

Die Ager Verammlungen am Dienstag, den 27. Juni, bei Heller eine Verammlung ab, in die Silberkammer über die Aussperrung der Berliner Maurer und den Verhandlungen vor dem Eingekant's des Oberverwaltungsgerichts. Der Redner schilderte eingehend die Ursachen und den Verlauf des Kampfes und rednerisch lobte die in Folge der Verhandlungen zu Stande gekommenen Einigungsbedingungen, die es im Allgemeinen als vortheilhaft für die Arbeiter bezeichnete. Als besonders wichtig sei die Anerkennung der Arbeiterorganisation zu betonen. Dieses wird auch im übrigen Deutschen Reich eintreten und auch besonders in benannten Orten, wo die Unternehmer es bisher nach dem Berliner Muster absehten, mit den Arbeitern zwecks Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Verhandlungen zu treten. Am aber-Auße im Baugewerbe zu schaffen, die auch nach der Jahre langen Kämpfe von den Arbeitern gewünscht wird, sei es notwendig, daß auch von den übrigen Berufsgruppen im Baugewerbe durch feste Vereinbarungen mit der Unternehmer stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt werden. In der hierauf folgenden Diskussion wurden von allen Rednern die Abmachungen der Maurer mit den Unternehmern gutgeheißen und schließlich folgende Resolution angenommen: Die heutige Verammlung der Ager spricht ihr volles Einverständnis mit den durch die Verhandlungen festgelegten Einigungsbedingungen, und verpflichtet sich die Verammlungen, dahin zu wirken, daß auch für die Ager bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Beschlüssen wurde noch, dem Zentral-Streikfonds des Verbandes M. 6000 zu überweisen. Ferner wurde von ausgesprochenen Arbeitern in Dänemark eine Unterstützung von M. 1000 aus dem Streikfonds der Ager bewilligt.

Unsere Berliner Kollegen hielten am Donnerstag, den 29. Juni, eine gut besuchte Verammlung bei Heller, Kopenhagenerstraße, ab. Kollege Silberkammer führte ab, daß auf Grund der Abmachungen mit den Unternehmern es notwendig ist, daß alle vorkommenden Differenzen auf den Baustellen der hiesigen Kommission genehmigt werden, die dann mit dem in Betracht kommenden Unternehmer in Verhandlung tritt, um eine Beilegung der Differenzen zu versuchen. Wenn die Verhandlungen zu keinem Erfolge führen, so hat die Agitationskommission in Funktion zu treten, um die Streitigkeiten zu schlichten, beziehungsweise für die Abschaffung der gerügten Mißstände Sorge zu tragen. Mit den Unternehmern haben nach den Verhandlungen vor dem Einigungsamt wiederholt Sitzungen stattgefunden, in denen bereits verschiedene Details bezüglich der Arbeitsverhältnisse erörtert wurden. Die Arbeitsbedingungen sollen in Zukunft auf jeder Baustelle durch Anschlag neben den Vorschriften der Berufsvereinschaft bekannt gegeben werden, und für die einheitliche Durchführung hat die Kommission zu sorgen. Die Agerkollegen, gegen welche die Maurer bisher fortwährend gekämpft haben, dürfte infolge der Abmachungen in kurzer Zeit gänzlich beseitigt sein, da auch die Unternehmer sich gegen dieselbe ausgesprochen, nachdem sie einsehen, daß ihnen durch das Agerthum keine Vortheile erwachsen. Neben der Anerkennung der Organisation und der Festlegung eines bestimmten Lohnes sind noch eine Reihe von Bestimmungen in dem Einigungsvertrag enthalten, die recht günstig für die Maurer lauten, so daß sie durchaus nicht schädlich bei dem Friedensschluß abgehandelt haben und mit dem Erfolge des Kampfes zufrieden sein können. Diese Urungen hatten sich um so höher anzuschlagen, als sie auch den übrigen Baugewerben zu Gute kommen, da auch mit den Agerern, Zimmerern und Bauhelferarbeitern feste Vereinbarungen getroffen werden sollen. Was den Silberkammer die Vorgänge in der letzten Zeit eingehend erörtert wurde, plädierte er für den festen Zusammenhalt in der Organisation, um den Wünschen der Maurer dadurch den notwendigen Nachdruck zu verleihen und damit auf dem besten Wege auch in Zukunft gute Erfolge erzielt werden können. In der Diskussion, an der sich zahlreiche Redner be-

thelligsten, wurden die Einigungsbedingungen im Allgemeinen gut gefaßt und nur gegen einzelne Bestimmungen polemisiert, von denen angenommen wurde, daß sie den Unternehmern einen zu weiten Spielraum lassen. Auch gegen das Verhalten der Lohnkommission sind keinerlei Einwendungen gemacht worden. In der hierauf folgenden Wahl zur Wächterkommission wurden einstimmig die bisherigen Lohnkommissionsmitglieder C. Banier und M. Schulz gewählt. Außerdem wurde Silberstein Mitglied von der Verammlung einhellig dazu bestimmt, den Verbandsdarstellenden Vorschlag in Verhandlungsfällen in der Kommission zu vertreten. Die Mitglieder der Wächterkommission haben auch die Geschäfte der bisherigen Lohnkommission zu erledigen. Der wöchentliche Beitrag zum Streifonds wurde gegen eine große Minorität auf 25 A festgesetzt. (Gegenständig war diese große Minorität für einen höheren Beitrag. Die Redaktion.) Mit der Abstempelung der Streifen soll am Montag begonnen werden. Beschlossen wurde noch, daß diejenigen, die durch die Ausperrung noch arbeitslos sind, die nötige Unterstützung erhalten sollen.

In Charlottenburg fand am Donnerstag, den 29. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Cambriusbrauerei“ eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege S. u. L. referierte über das Thema „Unsere Aufgaben auf Grund des jetzigen Einigungsvertrages“. In der darauf folgenden Diskussion wird von verschiedenen Rednern der Einigungsvertrag demängelt, ja sogar die Mißbilligung über das zu schnelle Besenden des Streiks ausgedrückt. Diese Ausführungen wurden aber vom Referenten sowohl als von anderen Rednern herichtig und genügend aufgeklärt, namentlich das, was in dem Vertrage von den älteren Kollegen gesagt ist. Sodann wurde ein Antrag angenommen, welcher besagte, für den Streifonds das zu zahlen, was die Berliner Kollegen in ihrer Verammlung beschließen. Der Kollege M. Schulz wurde als Mitglied der Wächterkommission gewählt. Nachdem ein Paradeier an das Solidaritätsgesicht der Kollegen gegenüber den Bauhandarbeitern appelliert, erfolgte um 12 1/2 Uhr Schluß der gut besuchten Verammlung.

Sonntag, den 25. Juni, fand in Dietzschheim eine gut besuchte Maurerverammlung statt, an der auch eine Anzahl Kollegen aus Mühlheim a. Main teilnahmen. Kollege S. u. L. referierte über den Zweck und Zweck der Organisation, wobei derselbe auch das geplante Justizausgesetz einer scharfen Kritik unterzog. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, treu zur Organisation zu halten und für kräftige Agitation zu sorgen, schloß S. u. L. seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die Dietzschheimer Kollegen werden, was auch sehr am Platze ist, von der Gründung einer eigenen Zählstelle vorläufig absehen und als Mitglieder in der Mühlheimer Zählstelle verbleiben.

Aus Greiz wird uns berichtet, daß dort großer Arbeitsmangel vorhanden ist. Die reisenden Kollegen werden aus diesem Grunde gut thun, ihre Schritte nicht nach dort zu lenken.

Am 26. Juni fand in Gr.-Lichterfelde eine öffentliche Maurerverammlung statt, in der Kollege Silberstein über die Vereinbarung vor dem Berliner Gewerbestreit sprach. Die Kollegen von Lichterfelde erklärten sich mit dem Beschlusse der Berliner einverstanden und erkannten einstimmig an, daß es notwendig sei, unausgesetzt für den Verband zu agitieren, damit die Vereinbarungen auch gehalten und für spätere Zeit verbessert werden können. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Verammlung geschlossen.

Die Zählstelle Hagen i. M. hielt am 24. Juni ihre regelmäßige Mitgliedsverammlung ab, die sich hauptsächlich mit dem Beitrag zum Streifonds beschäftigte. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, daß die verheirateten Kollegen 20 A und die unterverheirateten 30 A pro Woche zum Streifonds zahlen sollen. Eine längere Auseinandersetzung fand dann zwischen den einmündigen und den jugendlichen Berliner und Brandener Kollegen über die zweckmäßige Art der Baukontrolle statt. Besonders von den fremden Kollegen wurden die Mißstände auf den Bauten scharf gerügt.

Die Zählstelle Hamburg hielt am 22. Juni ihre Mitgliederverammlung ab. Zunächst machte der Bevollmächtigte auf das am 9. Juli stattfindende Sommerfest aufmerksam und bat um rege Beteiligung. Sodann referierte derselbe Bericht über die Gründung eines Arbeitersekretariats. Die Kartellkommission sei bereits vor zwei Jahren beauftragt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Sie habe nunmehr dem Kartell einen Vorschlag gemacht, der den Mitgliedern der Gewerkschaften zur Urabstimmung vorliegt. Der Vorschlag ist im Wesentlichen folgender: Es sollen zwei Sekretäre mit zusammen M. 4500 Gehalt angestellt werden, daneben ein Bureauvorsteher mit M. 1500 Gehalt und ein Schreibergeselle mit M. 1200. Dazu ein angemessenes Bureau mit Utensilien usw., was im Ganzen einen Kostenaufwand von M. 11000 pro Jahr ausmacht. Da die dem Kartell angehörenden Gewerkschaften durchschnittlich 20000 zahlende Mitglieder haben, so würde für das Sekretariat ein Beitrag von 5 A pro Mitglied und Monat notwendig sein. Doch würde sich der Beitrag wahrscheinlich erhöhen, da man nicht immer auf 20000 zahlende Mitglieder rechnen könne und andererseits der Kostenpunkt wohl auch etwas zu niedrig veranschlagt sei. Für die Maurer würde es sich um M. 1500—1600 pro Jahr handeln. Diese Summe von den 20 pA, die uns von den Beiträgen verbleiben, zu decken, sei unmöglich. Redner ist von den Glaubens, daß jedes Mitglied wohl annähernd M. 1 Extrabeitrag für das Sekretariat zahlen müsse. Ob dieses heute bei uns durchzuführen sei, müsse er bezweifeln. Die Majorität der Kartellkommission ließe auf dem Standpunkt, daß das Sekretariat nur für die organisierten Arbeiter sein solle, während die Redaktion des „Echo“ den Standpunkt vertritt, daß das Sekretariat für jeden ohne Ausnahme unentgeltlich zur Verfügung stehen müsse, weil dieses ein Agitationsmittel für die Arbeiterbewegung sei. Kollege Harnis ist ganz entschieden gegen die Gründung eines Sekretariats, da dasselbe seiner Meinung nach nicht den Zweck habe, den man ihm beizumessen. Hier in Hamburg könne wohl jeder Arbeiter in Rechtsstreifen die nötige Auskunft erhalten. Rasch ist der Meinung, man könne der Gründung wohl zustimmen, da das Sekretariat weit billiger eingerichtet werden könnte, als von der Kartellkommission vorgeschlagen. Warnholz und Behrens sind der Meinung, daß der Nutzen für uns nur ein minimaler sei und in keinem Verhältnis zu den dazu notwendigen Kosten stehe. Buehlow bemerkt, schon die sachlichen Kosten in dem Vorschlag der Kommission seien zu niedrig; auch müsse er bezweifeln, daß für die angelegten Geschäfte sich brauchbare Kräfte finden würden. Ueber den Nutzen der Sekretariate walteten wohl auch viele Diskussionen ob. Als Agitationsmittel für die Ge-

werkschaften kämen sie wohl kaum in Betracht. Für die Agitation wäre es jedenfalls nützlicher — und auch für die glatte Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte —, wenn jede Gewerkschaft möglichst selbst einen Beamten besolde. Diese Verwaltungsbeamten, in einem Bureau vereinigt, werden nach allen Seiten hin mehr wirken können, als das geplante Sekretariat. Die kleineren Gewerkschaften, die allein nicht im Stande sind, einen Beamten zu besolden, könnten sich zu diesem Zwecke sehr wohl zusammen thun. Ist dann die Stimmung vorhanden, daß eine Auskunft für alle Arbeiter auch in anderen als gewerblichen Angelegenheiten eingerichtet werden soll, dann mag die Partei ein Uebereins thun, damit dem Bureau der Verwaltungsbeamten eine Person beigegeben wird, die etwas von der Jurisprudenz versteht. Das vom Kartell geplante Sekretariat habe für die Maurer und auch für die übrigen größeren Gewerkschaften kaum Werth. Nur aus Solidarität für die kleineren Gewerkschaften könne man event. dafür eintreten. Schließlich warnte Redner vor einer Abstimmung in der schwach besuchten Verammlung. Dies könne bei der bekannten Vertragsmüdigkeit der Hamburger Maurer von schlimmen Folgen für die Organisation sein. Denselbe bemerkt, er stehe auf dem Standpunkt Buehlow's. Er wolle nur noch hinzufügen, daß die Kartellkommission sich die Gründung eines Sekretariats sehr leicht gemacht habe. Man habe sich die Berichte aus Nürnberg, Stuttgart und München sparen lassen und auf Grund dieser Berichte Vorschläge und Begründung gemacht. Nicht mit einer einzigen Silbe habe man den Nachweis zu führen versucht, daß dort Arbeiter in Hamburg zutreffend, wisse man nicht, trotzdem die Kommission bereits vor zwei Jahren den Auftrag erhalten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Redner bemerkt in seinem Schlußwort, daß das, was heute angeführt, zutrefte. Die Kartellkommission habe, nachdem der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. getagt, sich in einer einzigen Sitzung mit dieser Frage beschäftigt und die vorliegenden Vorschläge gemacht. Ueber andere Anträge sei man einfach zur Tagesordnung übergegangen. Hieraus wird ein Antrag hartnäckig angenommen, in jedem Selbstgebot möglichst an einem Tage Mitgliedsverammungen einzuberufen, wo über diese Frage abgestimmt werden soll, damit Jedem Gelegenheit gegeben wird, seine Stimme abzugeben. Die Abrechnung für Monat Mai ergibt für die Hauptkasse: Einnahme und Ausgabe M. 2695,35; für die Lokalfasse: Einnahme M. 1080,67, Ausgabe M. 381,25. Zum Lokalrat bemerkt der Bevollmächtigte, wie leistungsfähig die Kollegen oft die Arbeit einstellen und wie leistungsfähig man Akkordarbeiten abschleife, zeige folgender Fall beim Unternehmer Spörer. Die Kollegen stellten die Arbeit ein, weil einer ihrer Kameraden den Putzaltar zum Wauern „geschickt“ sei, während sie verlangten, er solle den Putzaltar mit fertig machen; der Unternehmer habe kein Recht, ihn zu entlassen. In Wirklichkeit liegt die Geschichte so: Neben dem Aufbau wurde seitens des Unternehmers ein Neubau ausgegangen, wo es wiederum Akkord geben sollte, die Herren Kollegen aber etwas mehr verlangten, als es bei dem ersten Bau gegeben hat. Nun wurde verabredet, daß einer ihrer besten Akkordarbeiter und Gönner da unten in die Nacht springen sollte, um den Akkord abzufestigen. Der Unternehmer verband die Sache richtig und gab hier keinen Akkord; nun wurde die Sache für besagter Vorarbeiter schwebt; er nahm sein Gehalt und ging wieder zum Putzen. Als der Unternehmer sich dieses verbat und ihn wieder zum Wauern schickte, was er nicht that, wurde er entlassen. Daraus große Enttäuschung im Lager der Akkordarbeiter und sie legten die Arbeit nieder. Sie sagten, der Unternehmer habe kein Recht, ihn zu entlassen, weil er den Akkord abgeschlossen habe, und verlangten nun von der Verwaltung, den Bau zu sperren, was zu ihm der Bevollmächtigte sich entschieden weigerte, denn die Kollegen haben trotz ihres Akkordabschlusses nachträglich einen Nebenuntertrieb, der den Unternehmer berechtigt, jederzeit ohne Kündigung Leben zu entlassen. In einem anderen Falle hat das Gewerbestreit entschieden, daß Kollegen, wenn sie von dem Unternehmer von einem Bau zum anderen geschickt würden und Abends zu Feierabend noch Bescheid erhalten, dieses Hinbringen des Geschirrs nicht als Arbeitszeit gerechnet wird, während es früher allgemein war, daß dieses, wenn man bei dem Unternehmer in Arbeit stand, während der Arbeitszeit ohne Lohnabzug geschah. Er könne solche Urtheile nicht verstehen. Weiter theilte der Bevollmächtigte mit, daß bei verschiedenen Meistern Klassenlohn gegeben wird, so z. B. bei Müller und Breckelbaum. Man hat jugendlichen jungen Kollegen, die schon anfangs der 20er Jahre sind, weniger als 60 A Stundenlohn gezahlt, indem man sie als „Junggefallen“ betrachtete. D. u. r. e. f. e. r. e. t. er sei in der Papenbühlstraße beim Unternehmer S. u. p. r. e. c. h. t. in Arbeit getreten, ohne gewußt zu haben, daß die Kollegen die Arbeit dort eingestellt hatten, worauf er von den Kameraden in recht ungeschicklicher Weise angerepelt worden sei. Die Kollegen hätten dort nicht die Arbeit eingestellt wegen unentschiedener Verhandlung oder Mangel an Schutzvorrichtung, sondern sie hätten Akkord, und weil dieser so schlecht war, daß sie nichts dabei herauszuschlagen konnten, verlangten sie 70 A Stundenlohn. Und als dieser nicht bewilligt wurde, stellten sie die Arbeit ein. Nun wolle man ihm zu Liebe, weil er für den ordentlichen Stundenlohn von 60 A dort in Arbeit getreten sei. Von dem Kollegen D. e. n. t. i. wurde dann noch lebhaft Klage über die Kollportage des „Grundstein“ geführt, daß dieser Kollporteur wohl abgehört werden müsse, denn seine Zungen verdrängen einfach den „Grundstein“ in der Erde. Hierauf Schluß.

In Helmstedt tagte am 24. Juni die regelmäßige Mitgliederverammlung. In Stelle der von den Unternehmern aus Helmstedt hinausgeschickten Kollegen W. i. e. s. e. und M. a. d. e. r. n. a. g. e. l. wurden die Kollegen D. e. n. t. e. und T. h. a. n. n. als Bevollmächtigte resp. Stellvertreter besolde gewählt. Der Familie des Kollegen W. i. e. s. e. wurden M. 15 als Unterzahlung aus der Lokalfasse überwiehen; die dadurch in der Kasse entstandene Lücke soll durch freiwillige Sammlungen ausgefüllt werden. Das Amt eines Kassensolnen wurde von dem Kollegen S. R. i. t. t. l. e. r. freiwillig übernommen. Zu Redner für die Streikabrechnung wurden die Kollegen H. W. i. l. h. und T. h. K. i. h. n. e. gewählt.

In Hohenmölsen fand am 25. Juni eine öffentliche Verammlung statt. Kollege D. r. i. t. s. h. referierte über: „Das Koalitionsrecht und die wirtschaftliche Lage im Baugewerbe“. Zum Schluß seiner trefflichen Ausführungen rügte Redner die laue Beteiligung der Kollegen, die wohl jedem Stimmbill nachlaufen, nicht aber mitkämpfen wollen in der Organisation zur Verbesserung ihrer Lage. Eine dem Referat entsprechende

Resolution, in der auch mit aller Entschiedenheit gegen das geplante Justizausgesetz protestiert wird, wurde einstimmig angenommen. In der Durchführung der von den Kollegen geplanten Lohnerböhung wurde Beschäftigte, Unterhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen. In die Lohnkommission wurden drei Kollegen gewählt.

Am Freitag, den 28. Juni, tagte in Krotoschin eine öffentliche Maurer- und Zimmererverammlung, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Da diese Verammlung zu keinem Resultat kommen konnte, weil die meisten Kollegen über Land waren, so wurde beschlossen, in einer am Montag früh um 8 Uhr statt findenden Verammlung das Nähere zu beschließen. Trotz der rechtzeitigen Werbung an die Hauptverwaltung durch den Kollegen Köpfer war Niemand vom Vorstand erschienen. Kollege H. e. i. d. e. r. erklärte den Kollegen, daß sie das Antwortschreiben des Hauptvorstandes, das ihnen am Freitag vom Kollegen D. i. e. l. e. r. vorgelesen wurde, nicht so versteht aufzufassen hätten, wie es im richtigen Sinne genommen werden konnte. Kollege Köpfer hätte besser gefaßt, dieses Schreiben die Öffentlichkeit zu bringen. Dadurch, daß es keine Zeit in den Unternehmern Stoff gegeben, die Maurer und Zimmerer bekommen keine Unterstützung. Das Weiteren hätte sich Kollege S. a. u. a. r. g. auch besser über die Arbeitsverhältnisse informiert, dann wäre der Hauptvorstand nicht dazu gekommen, um Streit zu verlangen. Es sei nicht so leicht, einen Kollegen nach Ablauf der Kündigungsfrist zu beschuldigen, die Kündigung wieder zurückzugehen. Weiter wies Redner darauf hin, daß die Unternehmung seit 1897 sich auf dem Standpunkt gestellt haben, mit einer Lohnkommission überhaupt nicht mehr zu verhandeln. Es sei jetzt Sache der Kollegen, ihrer Meinung Ausdruck zu geben, ob sie gewillt sind die Arbeit niederzulegen. Es wurde dann einstimmig beschlossen, die Kündigung nicht zurück zu ziehen und jeder Kollege verpflichtet sei, abzuhelfen. Die Haltung der Kollegen war eine musterhafte, und um 11 Uhr Mittags hatten alle Kollegen Krotoschin verlassen. Es sieht sehr, daß noch 30 Maurer und 20 Zimmerer anderweitig eingestellt werden können.

In Leipzig tagte am 27. Juni eine sehr stark besuchte öffentliche Maurerverammlung. Auf der Tagesordnung stand: „Wahl eines Zünngesellen-Ausschusses, Bericht über eine aufgenommene Statistik und der Berliner Maurerzeit resp. Ausperrung“. Zur Wahl eines Zünngesellen-Ausschusses wurde vom Kollegen Jacob Folgendes vorgeschlagen: Wenn sich in Leipzig eine freie Zünng der Baumeister gebildet hat und für sich in Anspruch nimmt, im Vernein, namentlich auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und der Festsetzung der Arbeitslöhne, sowie der Arbeitszeit maßgebend zu sein, und zu diesem Zwecke die Mittel zu eines Theiles der Gesellschaft verlangt, so ist von vornherein die Erzielung dieses Zieles unmöglich gemacht. Zur Festlegung von etwa entstehenden Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern ist es notwendig, daß die in Frage kommende Arbeiterchaft nur durch eine Körperchaft vertreten wird, die ihr Vertrauen besitzt. Hier liegen die Dinge nun so: es beschäftigt die Zünng zur Zeit 1505 Maurergesellen, während bei jenen Unternehmern, die der Zünng nicht angehören, 2384 Maurer beschäftigt sind. Letztere würden, wenn die Wahl nur von Zünngesellen erfolgen soll, keine Vertretung haben. Nach dem Zünngstatut kann jedes Gesellen-Ausschussmitglied, nachdem es drei Monate aus dem Arbeitsverhältnis der Zünngausgeschieden ausgetreten ist, seine Funktion als Gesellen-Ausschussmitglied erheben werden. Es ist daher bei dem häufigen Arbeitswechsel, dem der Maurer unterworfen ist, unmöglich, daß die Maurer unter solchen Bedingungen ihre Zustimmung zur Wahl eines solchen Gesellen-Ausschusses geben können. Es wird der Zünng anheim gegeben werden müssen, ihr Statut abzuändern, damit es der Organisation der Maurer Zeitgemäß wird, ihre Zustimmung zu geben. Redner schlägt der Verammlung folgende Resolution vor: „In Erwägung, daß die Interessen der Bauhandwerksgesellen durch Organisationen nur dann wirksam vertreten werden können, wenn die einzelnen Organisationen einerseits auf die Gesellen eines Bauberufs beschränkt, andererseits aber auch die Möglichkeit gewährt ist, daß sie alle Gesellen des betreffenden Bauberufs umfassen, beantragt die Verammlung ganz entschieden die Grundlage, das das Handwerksrecht und im engeren Sinne das Statut der freien Baugewerksinnung für Leipzig und Umgebung für die Gesellen vorliegt. Die Verammlung lehnt ausdrücklich jede Bevormundung ab, wenn trotz der neuen Schöpfungen ein geistliches Zusammenwirken zwischen Meister und Gesellen nicht erzielt wird. Den im Statut der freien Baugewerksinnung für Leipzig und Umgebung vorgeschriebenen Gesellen-Ausschuss kann die Verammlung nicht als die eigentliche Gesellenvertretung anerkennen. Die Verammlung giebt sich der freien Zünng anheim, ihr Statut so umzugestalten, daß der Gesellenchaft in vorgemerktem Sinne Rechnung getragen wird. Die Verammlung beauftragt den Vertrauensmann der Maurer von Leipzig und Umgebung, bei der freien Zünng die dahin gehenden Schritte zu thun und erforderlichenfalls mit derselben in Unterhandlung zu treten. Für den Fall, daß die Zünng nicht auf diese nur zu berechtigten Forderungen eingeht, sondern auf der Wahl eines Gesellen-Ausschusses nach ihrem jetzigen Statut besteht, beschließt die Verammlung, sich trotzdem an der Wahl zu beteiligen, aber dahin zu wirken, daß der Ausschuss aus organisierten Kollegen gebildet wird. Die Verammlung beschließt aber ausdrücklich, daß der etwa so zu Stande kommende Gesellen-Ausschuss nur insofern die Gesellenchaft und deren Organisation vertritt und Zünngbeschlüssen seine Zustimmung zu ertheilen berechtigt ist, als er von Volk zu Volk von den Verammungen, die nach wie vor von dem Vertrauensmann der Maurer Leipzig und Umgebung zu veranstalten sind, dazu ermächtigt wird, oder sofern er sich vorher die Gewißheit verschafft, daß die Verammlung ihre Zustimmung zu den beschlossenen Ertheilen werde. Für den Fall, daß die Zünng wiederum beschließt, eine Verammlung einzuberufen, die mit dem Vertrauensmann der Maurer nicht vereinbart worden ist, verpflichten sich die Kollegen, die betreffende Verammlung zu besuchen und dahin zu wirken, daß sie auf mindestens 14 Tage verlagert wird, damit die Gesellen und ihre Organisation weitere zweckentsprechende Maßnahmen treffen können.“ Nachdem sich mehrere Redner in Sinne dieser Resolution ausgesprochen, wurde sie gegen eine Stimme angenommen. — Nach der am 3. Juni aufgenommenen Statistik sind in Leipzig 8949 Maurer gezählt worden. Zum Streifonds steuerten in der letzten Woche 8629 Mann. Angaben über den Stundenlohn hatten nur 8270

gemacht. Von diesen erhielten 8147 einen Stundenlohn von 55 A, 140 erhielten einen Stundenlohn von 56 bis 58 A, während 88 unter 55 A Stundenlohn erhielten. Diejenigen, die keine Angaben über die Lohnhöhe gemacht haben, wurden wegen ihrer Unfähigkeit getadelt und aufgeführt, in Zukunft dahingehende Angaben zu machen. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind noch in demselben miserablen Zustande wie früher, trotzdem die Herren Unternehmer bei Gelegenheiten der 1898er Abmachungen diese besser herzurichten versprochen haben. Die Unfallversicherungs-vorschriften wurden auf einer ganzen Anzahl von Bauten überhaupt nicht ausgehängt gefunden, so unter Anderem bei C n e, D h m e und B e c h e r; letztere Firma hat aber ein Plakat, wonach während der Arbeitszeit nicht g e r a u c h t werden darf, sichtbar ausgehängt. Diese Firma hat es auch schon wieder fertig gebracht, Löhne u n t e r den getroffenen Vereinbarungen auszusahlen. Leider sind die davon betroffenen Arbeiter feig genug, dieses der Organisation gegenüber zu verschweigen. — Zu der Werkstätte Versammlung berichtete Jacob kurz über die Entwicklung und das Ende derselben. Zur Unterfertigung der Streiks in unserem Verufe wurden an den Verband seit 1. April d. J. M. 20 000 gelangt und ersuchte Jacob die Versammlung um ihre Zustimmung. Seitens der Versammlung wurden Einwendungen gegen die Abfertigung dieser Gelder nicht gemacht. Vom Vorsitzenden wurden die Versammelten aufgefordert, jeberzeit und unentwegt für die geistliche Entwicklung der Organisation einzutreten.

Aus Wöb an wird uns geschrieben: Bei dem Baumeister Bruno Verlob in Schwelm ist der italienische Pariser Geruchig beschäftigt. Dieser hat nun seine Stellung dazu ausgenutzt, seinen italienischen Kollegen, den er auch den Lohn auszusahlen hatte, um 4 bis 5 A, pro Stunde und Mann weniger an Lohn auszuzahlen, das Geld hat er natürlich in seine Tasche gesteckt. Die italienischen Kollegen wandten sich, als sie die Manipulationen ihres sauberen Landmannes gewahr wurden, an den Unternehmer und erhalten nun ihren Lohn direkt von diesem ausgezahlt. Es sei hiermit vor dem „Ehrenmann“ Ferngalt nachdrücklich getarnt.

Montag, den 19. Juni, fand in Wersburg im „Schwarzen Hof“ eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Meyer-Weipzig sprach über: „Zweck und Nutzen des Verbandes“ und legte den Kollegen klar, daß alle Kollegen dazu beitragen, daß der Streikfonds gestärkt werde. Es wurde beschlossen, vom 1. Juli an 20 A zum Streikfonds zu zahlen. Neu aufgenommen wurden 17 Mitglieder.

Im Gasthaus „Zur Krone“ zu Wörfelben fand am 26. Juni eine öffentliche Mitglieder-Versammlung statt. Der Bevollmächtigte erläuterte Bericht über die Streiks in unserem Gewerbe, besonders über den Darmstädter, der wir davon am meisten berührt werden. Es wurde auch auf den Zimmerstreik in Frankfurt a. M. hingewiesen und den Kollegen streng empfohlen, keine Zimmerarbeit zu verrichten, sondern sich mit den Zimmerern solidarisch zu erklären. Ferner wurde noch einmündig beschlossen, die Kollegen, die schon länger mit Beiträgen im Rückstande sind, nochmals zu ermahnen, bis sie ihre Beiträge bezahlen, widrigenfalls sie ausgeschlossen werden sollen.

Am 18. Juni fand in Neustadt im Obenwäld eine öffentliche Mitglieder-Versammlung statt, bei welcher Gelegenheit die Kollegen ihre Loyalität und Intereffigkeit wieder so recht bekundeten. Auf Antrag des Bevollmächtigten wurde beschlossen, eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung auf den 9. Juli einzuberufen, in welcher Kollege Böhmberg, wenn er zur Zeit in der Gegend weilen sollte, das Referat übernehmen möchte. Kollege Hartmann ermahnte sämtliche Kollegen, daß sie besser zu ihrer Fahne halten müßten, zumal in der jetzigen Zeit, wo es nur ein Wortwörterstreben geben könnte. Dann erinnerte er die Kollegen daran, daß sie ihren Berufswidrigkeit mehr unterstützen müßten, damit er nicht dazu kommen könne, uns seinen Saal zu beweihegen. Es wurden zehn Italiener in den Verband aufgenommen. Abschluß Kollege Hartmann die Versammlung mit der Ermahnung, stets freudig die Agitation zu betreiben, damit der Bau der Organisation weiter gehe, zum Wohle und Nutzen der ganzen Arbeiterschaft.

Sonntag, den 25. Juni, tagte in Oerndorf im „Gasthaus zur Germania“ eine öffentliche Maurerverammlung. Kollege Abel hielt einen vortheilhaften Vortrag, welcher mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Sodann erläuterte Kollege Mühl die einzelnen Paragraphen der Forderungsvorlage, gegen die eine scharfe Protestresolution einmündig angenommen wurde. Zum Schluß forderten die Kollegen Abel und Mühl die noch nicht organisierten Kollegen auf, alle dem Verbands beizutreten, damit wir auch hier als feste Organisation dastehen. Acht Kollegen traten dem Verbands bei. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Sonabend, den 24. Juni, fand in Tauscha im Gasthaus zum „Deutschen Haus“ eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Müller wies auf die Ausfpeyungen und Kämpfe hin, welche speziell im Baugewerbe stattfanden und empfahl als besten Schutz eine gute Organisation. Dann hielt Kollege Müller mit, daß die Kommission, welche in der vorletzten Versammlung beauftragt sei, den Plan zu einem Sommerfeste auszuarbeiten und einen Saal zu beschaffen, vortheilhaft, statt des geplanten Sommerfestes ein Gewerkschaftsfest abzuhalten, und zwar den 30. Juni im „Schützenhaus“. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß der Schützenhaussaal, sowie sämtliche andere Säle von Tauscha, so lange dieselben nicht zu Versammlungen freigegeben würden, auch zu Abhaltungen von Vergnügungen nicht in Betracht gezogen werden sollten. Sechs Kollegen wurden beauftragt, zu dem in Frage stehenden Gewerkschaftsfest einen entsprechenden Saal zu besorgen, welcher uns auch zu Versammlungen zur Verfügung steht. Zum Schluß ersuchte Kollege Müller, die Beiträge pünktlicher zu entrichten und besser als bisher zum Streikfonds zu fließen.

In der Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Tempelhof vom 21. Juni wurde das Mitglied Manz, Buch-Nr. 019810, auf Grund § 15 des Statuts ausgeschlossen, weil es sich nicht allein damit begnügt, als „Arbeitswilliger“ zu arbeiten, sondern auch noch die Streikenden verhöhnt. Kollege Schulz, der ebenfalls sich eines Vergehens hätte zu Schulden kommen lassen, bereute seinen Fehler und zahlte einen Tagesschuldendienst als Strafe. Damit war diese Angelegenheit erledigt. Um eine Uebersicht über die Versammlungsbefugnisse zu bekommen, wurde beschlossen, jedem Versammlungsbefugten für die fernere Zeit den Stempel des Bevollmächtigten in das Mitgliedsbuch abzudrucken. Dann folgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

Der Verbandsmann von Werdau bringt den Verbandskollegen zur Kenntniss, daß in Werdau trotz wiederholter War-

nung einige Maurer von Werdau und Gauen arbeiten und den Streik erschweren. Da es nun notwendig ist, diesem Uebelstand Einhalt zu thun, so werden sämtliche Verbandskollegen von Werdau und Umgegend gebeten, hofte Sorge zu tragen, daß den Kollegen in Werdau der Sieg erleichtert wird, dadurch, daß der Zutritt von den Streikbrechern ganz entzogen fern gehalten wird. Bemerkte ich noch, daß, wenn sich die Kollegen an den Versammlungen nicht zahlreicher beteiligen als in letzter Zeit, wo das heiligste Recht und Interesse diskutiert wurde, sie sich nicht zu wundern brauchen, wenn die Sage, in welcher wir uns gegenwärtig befinden, noch eine schlechtere wird.

Stuttature.

Chemnitz. Am Sonnabend, den 17. Juni, tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zittale. In erster Linie wurden die Zustände bei der Firma L e h m a n n in Betracht gezogen. In diesem Geschäft ist Arbeiterarbeit vorherrschend, speziell am Bau, oder nach dem Tarif wird nicht gezahlt. Für Arbeiter ansetzen giebt es im Durchschnitt 40 A, und in anderen Arbeiten sind die Preise sehr schlecht. Es finden sich aber doch immer wieder Leute, welche mit diesen Preisen zufrieden sind, und zwar sind das in letzter Zeit meistens fremde Kollegen aus Leipzig und der Berliner Umgegend gewesen. Dieselben wollen auch Verbandskollegen sein. Von denen sollte man es doch am allerwenigsten hoffen. Dadurch werden unsere Verhältnisse ja immer mehr verschlechtert. Auch als im „Grundstein“ vor Zugang nach hier gewandt wurde, haben sich Kollegen aus Dresden beiseite gelassen, nach hier zu kommen. Kollegen, wo soll das hinführen? Zu Gunsten der Kollegen sicher nicht! Den meisten ist fern zu halten, es immer nicht genug, der einfache Satz: Zugang ist fern zu halten. Es möchte immer ein Verzicht von einer ganzen Dutzende sein. Dazu brauchen wir dann allerdings ein eigenes Organ. Weiterhin doch die Zittale-Vorstände ihren Mitgliedern richtig einschärfen, daß unbedingt die Orte zu vermeiden sind, in welchen Differenzen mit den Unternehmern vorliegen. In der Versammlung ließen sich einige Kollegen in den Verband aufnehmen.

Frankfurt a. M. Der Stuttatur Dominikus Sch a n t h e Mitgliederbuch Nr. 8591, welcher dem Verband angehöret, ist in der letzten Mitglieder-Versammlung nach § 7 Absatz 1 der Verbandsstatuten ausgeschlossen worden.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung der Stuttature und Gipsler am 21. Juni, Abends 9 Uhr. Nach Eröffnung der Versammlung machte der Vorsitzende das Abschied des Kollegen Mühl bekannt. Die Versammlung erhebt das Andenken desselben durch Erheben von den Händen. Sodann erläuterte Kollege Reine den Bericht der Lohnkommission. Unter Anderem erwähnte er, daß die Firma B o s s w a n & K n a u e r die Ueberstunden und Sonntagarbeit der Gipsler an dem Bau der Troler Bergfahrt nicht nach dem Tarif bezahlt hätte. Als zwei Kollegen ihre berechtigten Forderungen geltend machten, wurde ihnen von dem Vertreter der Firma, Herrn K n e m p e, erwidert, wenn sie ihr Geld verlangen, so hätten sie sofort Forderungen. Darauf hin legten sämtliche Gipsler und sechs Maurer die Arbeit nieder. Herr K n e m p e ließ gewahren, wurde der Lohn ausbezahlt, denn er sah ein, daß er mit seinen paar Maurern nicht weiter kommen würde. — Sodann wurde noch betont, daß falls die Gipsler Anseharbeit verrichten, sie nur neun Stunden zu arbeiten hätten. Ueber die Arbeiten des Gipslermeisters P e t e r Z o m m e n A l t o n a wurde die Sprache verhängt.

Altona. Die hiesige Zittale hielt am 26. Juni in ihrem Vereinslokal eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zunächst erläuterte Kollege P u l l e r n Bericht über die Kontingenzen für Rheinland- und Westfalen. Nach Erledigung dieses Berichtes hielt Kollege D e n t h a l ein. Kurz Referat über die Mitgliedschaft in einzelnen Stadtgesellschaften von Köln. Es stellte sich am Schluß desselben heraus, daß die Mitgliedschaft einig und allein nur durch die Loyalität der Kollegen durchzuführen werden. Der meisten Kollegen ist unser Sieg in diesem Jahre so leicht geworden, sie können sich fast gar nicht um unsere Organisation mehr um die Prinzipale, welche unsere Bewegung mit Argusaugen beobachten, sehen sich bis zu Tode. Es wurde hierauf nochmals der Zweck des Arbeitsnachweises den Kollegen vor Augen geführt und hierauf die schließliche Versammlung geschlossen.

Am 27. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung der Fassadenputzer und Stuttature statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Wahl eines neuen Agitationskomitees. 3. Bericht des Referats. Zum ersten Punkt hielt Kollege D e n t h a l ein Referat über den Inhalt und die Wichtigkeit des Statuts. Das Referat bestand hier in Köln aus verschiedenen Gruppen und wird auch von den Prinzipalen als solcher betrachtet und zu ihren Gunsten ausgebaut. Insbesondere haben die Forderung der Stuttature und Fassadenputzer in den letzten Jahren dazu beigetragen, daß der Prinzipal einen Fassadenputzer gar nicht mehr als Stuttatur betrachtet. Die größte Schuld liegt aber darin, daß sich die Fassadenputzer nie um unsere Organisation gekümmert haben. Während die Stuttature bei 8 Stunden M. 6—6 pro Tag verdienen, verdienen die Fassadenputzer bei 12—14 Stunden auch nicht mehr als M. 6—6 pro Tag. Sollten die Fassadenputzer auch geordnete Zustände in ihrem Gewerbe haben, so sei es unbedingt nötig, sich unserm Verbands anzuschließen. Zur der Diskussion sprachen sich verschiedene Kollegen dahin aus, daß die Fassadenputzer nur durch Anschluß an unsere Organisation etwas erreichen könnten, und wurde auch eine Resolution in diesem Sinne von sämtlichen anwesenden Fassadenputzern angenommen. Zum zweiten Punkt wurde das frühere Agitationskomitee wiedergewählt. Es erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

Hirtenfeld. Der bisherige Vorsitzende der hiesigen Zittale, P e t e s c h, ist selbstständig geworden. Alle Aufwendungen sind daher an den jetzigen Vorsitzenden Joh. W i l d e r, Karlsstraße, zu adressieren. Auch werden die Kollegen gebeten, den Zutritt nach hier fern zu halten, da die Arbeitsverhältnisse sehr schlecht sind.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 40. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die vorläufige Entstehung. — Der Ursprung der Idee des Gerechten und Ungerechten. — Von Paul R a n g e r, — Professor Logt und die Impfung. Von Dr. Siegfried M o n t e n e i. — Eine sozialistische Zentralstelle für die deutsche Arbeiterbewegung. Von Simon R a g e n s t e i n. — Der Stand der Wirtschaftsmethoden beim französischen Kleinrundbrot. Von Dr. Alfred R o s s i g (Paris). — Neuere der Hebräen. — Feuilleton: Erinnerungen eines Achtundvierzigerers. (Schluß.)

Briefkasten.

Fferlohn, A. Wir würden uns eine Anklage auf Grund des Preßgesetzes zugehen, wollten wir Ihre Einwendung aufnehmen. Wenn das Urtheil gesprochen ist, dann werden wir, wenn Sie uns das Material zusenden, die Sache im Zusammenhang behandeln.

Borzhelm, J. Die Frau muß ihre Ansprüche durch Urtheil des Amtsgerichts feststellen lassen. — Dazu bedarf es der Einreichung einer ordentlichen Klage bei dem zuständigen Gericht. Die Abwesenheit des Schuldners oder der unbenannte Aufenthalt desselben ist kein Hinderungsgrund zur Anhängigkeitmachung derselben. Bevor das Urtheil nicht rechtskräftig geworden, hat die Frau kein Anrecht an den zurückgelassenen Sachen. Hat sie aber ein rechtskräftiges Urtheil erstritten, dann kann sie die Sachen durch einen Gerichtsvollzieher öffentlich versteigern lassen. Wird die Forderung durch den Erlös der Sachen nicht vollständig gedeckt, so steht der Gläubigerin das Recht zu, den Restbetrag von Neuem einzuzahlen. — Die Annonce können wir nicht aufnehmen.

Gotha, W. Der Bericht ist, da der Berliner Ausstand sein Ende erreicht hat, gegenstandslos geworden; wir legen ihn bei Seite.

Düsseldorf, A. Die Aufnahme Ihres Berichtes müssen wir, weil für die Mehrheit unserer Leser interesslos, ablehnen. —

Murich, G. Wir vermögen beim besten Willen nicht den Sinn Ihres Schreibens enträtseln. Die Aufnahme kann daher nicht stattfinden.

Abrechnung

für das erste Quartal 1899
des Central-Verbandes
der Maurer und verw. Berufsgenossen-Deutschlands.
St. Hamburg.

Einnahme in den Zahlstellen.

Kassenbestand vom dritten Quartal 1898	M. 2260,—
An Eintrittsgeldern	8866,50
wöchentlichen Beiträgen	41434,90
sonstigen Einnahmen	126,18
Zuschuß aus der Hauptkasse	8182,—
Summa	M. 60919,48

Ausgabe in den Zahlstellen.

An die Hauptkasse eingesandt	M. 29429,50
Für lokale Ausgaben (26 pzt. der Einnahmen)	11119,09
Reiseunterstützung	2775,60
Rechtschutz	3265,80
Unterstützung nach § 1, letzter Absatz, b. Statuts	2815,46
Verluste durch aufgelöste Zahlstellen	62,55
Kassenbestand am Schluß des ersten Quartals 1899	1957,98
Summa	M. 60919,48

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand vom 31. Dezember 1898	M. 624,67
An Eintrittsgeldern	6,—
wöchentlichen Beiträgen	60,40
sonstigen Einnahmen	9,65
	75,95
Aus den Zahlstellen eingesandt	29429,50
Zurückgegebene Kapitalien	2950,—
Summa	M. 59830,12

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für Anfertigung verschiedener Sorten Marken	M. 215,—
Agitation an den Generalbevollmächtigten	7650,—
das Fachorgan „Der Grundstein“	5710,—
Zuschuß an Zahlstellen	8182,—
Rechtschutz für den Vorstand	40,90
Kassenrevision in Zahlstellen	187,85
Delegation u. andere Kosten z. 6. Verbandsjahr	14349,05
Sammlung von Material zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung	178,—
dreimonatliche Beamtenegehälter u. Auskünfte im Bureau	M. 2805,40
Revisionen	83,85
Vorstandssitzungen	29,50
	2918,75
den Kassirer vom 5. Verbandsjahr bewilligtes Manfogelb für 1898	200,—
Bureaumiethe, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	261,49
Buchdruckerarbeiten: 11000 Mitgliedsbücher, 844 Verzeichnisse und 88 Kassendbücher	819,70
Zahlstellenstempel und Zubehör	188,10
Bücher und Schreibmaterial	84,20
Reinigungsabonnements und Dringelosen	8,85
Reise nach Berlin zwecks 30-jährigen Stiftungsfestes der deutschen Arbeiterbewegung	65,40
An d. Legitimationsverband (Kreuzfelder Arbeiterstreik)	1500,—
Für den Streikfonds	21000,—
Borio: 559 Pakete	M. 183,90
2614 Kreuzbandbindungen	149,72
Briefporto, Depeschen und Gebührenden	257,17
Bestellgelb	41,05
	681,84
Summa	M. 59076,18

Bilanz.

Einnahme	M. 59830,12
Ausgabe	59076,18
Kassenbestand	M. 553,99

Hamburg, den 2. Juli 1899.

J. Küster, Kassirer.

Revisirt und für richtig befunden von den Revisoren:
Carl Dresler, Hamburg.
Thomas Hartwig, Hamburg.
Fermann Marks, Altona.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. St. Hamburg.

Bekanntmachung.

Die Abrechnungsformulare.

für das zweite Quartal sind am Donnerstag, den 29. Juni, zur Verwendung gelangt. Zahlstellen, die nicht in den Besitz derselben gelangt sind, mögen sich melden.

Die Abrechnung selbst muß gleich nach dem 30. Juni aufgestellt und spätestens bis zum 15. Juli an den Hauptkassierer F. Köster eingesandt werden. Das am Orte vorhandene Hauptkassiergeld ist alles einzusenden. In Fällen, wo das nicht geschieht, müssen wir annehmen, daß die Kasse nicht in Ordnung ist.

Die Revisoren.

In den Zahlstellen werden angefragt die auszustellenden Quartalsabrechnung bringen ersucht, ihre Pflicht zu thun.

Wenn sich in irgend einer Zahlstelle Unregelmäßigkeiten herausstellen, dann machen wir die Revisoren mit verantwortlich.

Die örtlichen Verwaltungen.

haben ebenfalls die Pflicht, Einsicht in die Kassen- und Buchführung zu nehmen und sind auch sie für etwa vorkommende Unregelmäßigkeiten mit verantwortlich.

Auch haben die Verwaltungen die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abrechnung zur rechten Zeit eingesandt wird.

Beitragszahlung.

Am Quartalschluß dürfte sich wiederum herausstellen, daß Mitglieder größere Beitragsrückstände haben.

Wir erinnern die säumigen Zahler an ihre Pflicht.

Die Protokolle vom 5. Verbandstag.

sind erst von wenigen Zahlstellen bezahlt worden. Es wird dringend ersucht, den Betrag für die erhaltenen Exemplare umgehend einzusenden.

Das Protokoll

über die Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands

ist im Verlage der Generalkommission erschienen. Der Preis beträgt 25 A. Die Verwaltungen der Zahlstellen werden ersucht, ihre Bestellungen entweder an uns oder direkt an die Generalkommission gelangen zu lassen. Die Anschaffung des Protokolls ist jedem Kollegen zu empfehlen.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu, gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Groß-Salze, Eppelheim, Biehl, Kolmar, Prißwall, Wittstock, Bremerhaven, Neubaum, Zerrenburg.

Als verlorren

gegangen sind gemeldet die Mitgliedsbücher der Kollegen Paul Wimmel (Buch-Nr. 039 832), J. Wölflinger (Buch-Nr. 011 438) und A. Reinhard (Buch-Nr. 87 793).

Ausgeschlossen

wurden von der Zahlstelle Groß-Neuendorf: Gösch (Buch-Nr. 077 914), Aug. Kurz (Buch-Nr. 077 916), Friedr. Grunow (Buch-Nr. 077 928).

Verichtigung.

In Nr. 26 des „Grundstein“ bekannt gegebene Mitglieder heißen nicht Bitters und Haras, sondern Bitters und Karres.

Der Vorstand.

J. A.: E. H. Wömelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig M. 600, Berlin I. 400, Hannover 200, Rumbach 170, Neuhaldensleben 120, Wriegen 65,88, Stendal 60, Calbe a. S. Saale 60, Gr.-Salze 60, Garz a. b. Oder 45, Müggeln b. Döbichau 41,50, Dahlemb.-Leben 38, Döbichau 9,77, Strohberg 2,60, Bismarck 204,60, Bielefeld 200, Spandau 80, Bernau i. b. Märk 65, Gölitz 28, Biehl b. Döbichau 60, Wödem 18, Cölnitz 8,40, Süß 39,50, Mühlitz 88,25, Wajungen 9, Göttingen 6, Gotha 372, Fürstberg l. Mecklenburg 104,65, Wiesbaden 70, Gr.-Kreuz 37,50, Etzbe 17,17, Altona 516,12, Döbichau 192, Greiz 133,75, Altona 100, Osterburg 89,68, Wandsbeck 209,01, Duisburg 162,85, Sorau 134,96, Greifswald 84,66, Brück i. b. Märk 82,70, Adl. a. Rh. 80, Zwenkau 65,95, Bernsee 85,28, Wauken 32,20, Greiz durch C. 12. Summa M. 5130,98.

Streifkassa.

Eisenberg M. 60, von den Büchern Berlins und Umgegend 5000, Gotha 200, Mel 100, Friedrichshagen b. Berlin 100, Hirsch 60, Schwerm i. Meckl. 50, Westf. 40, Preis 25, Althaldensleben 20, Rumbach 120, Neuhaldensleben 80, Wriegen 35,80, Stendal 40, Calbe a. b. Saale 40, Gr.-Salze 25, Dahlemb.-Leben 22, Bismarck 160, Spandau 80, Bismarck 66,77, Bielefeld 160, Bernau i. b. Märk 45, Gölitz 20, Koblenz 1,45, Mühlitz 28, Wajungen 6,50, Saarben 78,65, Wurcheube 10, Lübeck 400, Wriegen l. Böhml. 160, St. Johann 20, Gotha 183, Fürstberg l. Meckl. 4,80, Bismarck 260, Döbichau 150, Greiz 25,65, Birna 60, Osterburg 16,82, Agitationstext Mainz durch E. Schärer 100, Duisburg 66,50, Sorau 6, Greifswald 3,84, Brück i. b. Märk 7,60, Adl. a. Rh. 20, Zwenkau 33,76, Bernsee 7,76, Wauken 8,70. Summa M. 8234,39.

Für Protokolle vom V. Verbandstage in Berlin.

Rumbach M. 10, Lübeck 50, Saarmund b. Potsdam 4,50, Gießen 2,50, Goldberg i. Schleien 5, Gölitz 3,75, Altona 25, Wandsbeck 15, Sorau 4,75. Summa M. 120,50.

Für gelieferte Flugblätter.

Garnitz M. 4,90, Müggeln b. Döbichau 4,30, St. Johann 7,60, Duisburg 9,25. Summa M. 26,05.

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabschnitten genau anzugeben, wofür das eingesandte Geld bestimmt ist.
Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifkassensbeiträge, sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.
S a m b u r g, den 3. Juli 1899.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstr. 16, 1. Et.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“ (e. V. Nr. 7).

In der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Wriegen M. 300, Cöpenitz 300, Potsdam 200, Witt-Görlitz 200, Smitzgart 200, Neu-Suppen 200, Lübeck 200, Quetschburg 100, Summa M. 1700.

Zuschüsse erhielten: Genshin M. 600, Dresden 200, Halberstadt 100, Straußberg 100, Weidenberg 100, Wald-Nüchelbach 100, Wölsberg 100, Mühlhagen 70, Schintel 70, Nauen 50, Wölitz 85. Summa M. 1225.

Altona, den 1. Juli 1899.
Karl Reish, Hauptkassierer, Friedrichsbadstr. 28.

Anzeigen.

(Schlag für Anzeigen-Aannahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefall Mitteilung erhalten. Die Beile steht 10 A.)

Berlin II. Infolge eines Unfalles verstarb unser Verbandskollege **Aug. Budach** im Alter von 30 Jahren.

Kirchhof i. T. Am 25. Juni verschied unser treuer und eifriger Kollege **Franz Molitor** im Alter von 48 Jahren nach langem und schwerem Krankenlager. Ruhe sanft. Zu braver Verbandskollege!

Neubuchow. Am 23. Juni verschied unser Ehrenmitglied **Heinrich Schult-Questin** im 63. Lebensjahre.

Wolgast. Am Sonntag, den 25. Juni, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Otto Lamprecht** im 24. Lebensjahre.

Schwartau. Am 23. Juni verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Verbandskollege **Ernst Tamim** im Alter von 69 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 24. Juni unser Verbandskollege

Georg Ebel
aus Biehlheim im 35. Lebensjahre.
[M. 3] Verband der Stukkateure in Birmasens.

Zahlstelle Potsdam.

Meine Wohnung befindet sich jetzt **Schöpsstraße 38, 1. Et.**
[M. 1,20] **G. Wittenbecher**, Bevollmächtigter.

Zahlstelle Grünberg.

Wohnungswechsel: **W. Wirth**, Bevollmächtigter, Große Fabrikstraße 3. **Joseph Stahn**, Kassier, Fiechtweg 3. Zahlabend jeden Sonnabend bei **Wwe. Adam**. [M. 1,50]

Der Maurer Max Hanisch.

gehört am 7. Mai 1878 zu Berlin, war in untergeordneter Zahlstelle Kassierer. Derselbe hat sich Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen und wird ersucht, seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls andere Schritte gegen ihn eingeleitet werden müssen.

Die Kollegen werden ersucht, wenn sie seinen Aufenthalt ermitteln können, ihn an seine Pflicht zu mahnen oder Mitteilung an **Adam Schmuck**, Ferns, Marienstraße 6, kommen zu lassen.

Verichtigung.

Zur Aufforderung der örtlichen Verwaltung zu Wörmum betrefft **Theodor Melke**, Buch-Nr. 023 269, geb. zu Berlin, welcher der hiesigen Zahlstelle mit Geld und Marken durchgebrannt ist und sich hiesiger „Fremdgehriebener“ zu sein, erklären wir hierdurch, daß Melke noch nie „Fremdgehriebener“ war und auf seine Ehrenhaftigkeit nicht zu geben ist.
Die fremden Maurer zu Altona.
J. A.: E. Marks.

Aufruf.

Die organisierten Kollegen werden dringend ersucht, im Falle sie Kenntnis von dem Aufenthalt des **Maurers Gottlieb Untermaier** aus Winterthur haben, dessen Adresse dem **Maurer-Verein in Basel** bekannt zu geben.

Zahlstelle Königs-Wusterhausen.

Am **Sonnabend, den 22. Juli, Abends 8 1/2 Uhr**, findet im „Waldschloßchen“, Neue Wälsche, unser **erstes Stiftungsfest** statt. Die Zahlstellen der Umgegend werden hiermit freundlichst eingeladen.
[M. 2,40] **Das Festcomité.**

Zahlstelle Clingen.

Am **9. Juli** feiert die Zahlstelle ihr **Stiftungsfest**. Die Mitglieder sowohl unserer wie auch der benachbarten Zahlstellen werden hierzu freundlichst eingeladen.
[M. 2,40] **Die örtliche Verwaltung.**

Zahlstelle Weisswasser.

Sonntag, den **9. Juli**: **Sommervergnügen** wozu die umliegenden Zahlstellen herzlich eingeladen werden.
[M. 2,40] **Das Comité.**

Achtung!

Bei sehr hohem Verdienst suche allerorts Leute, welche einen neuen, spielend leicht verkäuflichen Artikel in Bekanntheit und Kollegenkreise betreiben. Off. an **Herm. Wolf**, Zwickau i. S., Wälderstr. 12, erdellen.

Weltberühmte Hamburger Spezialartikel für Maurer und Zimmerer.

Beste Arbeitsgarberoben. Prima Säbender. Preisliste gratis. Versand franco gegen Nachnahme.
Louis Mosberg, Bielefeld, Nur 44 Breitestr. 44 (Papiermarkt-Gde.)

Kollegen Deutschlands!

Ständler, prima, 2 B schwer, M. 6, 6. (Echte Hamb. Red. 6.50, II (2) B schwer) M. 4,80, III M. 2,60 portofrei. Streng reell. Nicht Gefaselt. nehme retour. Koll. Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 4.

Arbeitsmarkt

30-40 tüchtige Maurer erhalten dauernde Beschäftigung bei **F. Eddy** Baugeschäft, **Kerkhof** a. b. Rega. Gehalt 7-8 M. Maurermeister auf dauernde Arbeit. Zu melden bei **F. Eddy**, Maurermeister in Stade (Provinz Hannover).

Tüchtige Fassadenarbeiter gesucht nach **Stößen** (Murb). Näheres bei **Baumlehner**, Mühlstraße 7.

Trier. Zuzug von 30 Maurern, Verbandsmitgliedern, sehr erwünscht. Bevorzugt werden solche, die mit Wundsteinen arbeiten können. Stundenlohn 38 bis 40 A oder Tageslohn von M. 4 bis 4,20 bei anderthalbstündiger Mittagspause.

In **Wombach** finden 10 tüchtige freitende Maurer Arbeit. Lohn 42 bis 45 A pro Stunde. Kost und Logis gut und preiswürdig.

Berichtungs-Anzeiger

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erscheinungstage der jeweiligen Nummer des „Grundstein“ folgenden Woche für den Preis von 10 A pro Seite bekannt gemacht. Für jede Versammlung werden jedoch nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung eingesandt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 9. Juli: Wilm. Nachm. 2 Uhr in Sternberg's Restaurant. Vollständiges Erscheinen bringen notwendig, Tageskassen, Quartalsbilanz.

Montag, 10. Juli: Saalfeld. Bei J. Emmermann. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig.

Dienstag, 11. Juli: Gera. Generalversammlung im „Adler“. Alle Kollegen haben unbedingt zu erscheinen.

Mittwoch, 12. Juli: Danzig. Abends 8 Uhr im Hofe Grobsteinstraße 11. Die nächste Versammlung findet 3-4 Tage später in demselben Hofe statt.

Donnerstag, 13. Juli: Nürnberg. Abends 8 Uhr im „Silbernen Auen“. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Sonntag, 16. Juli: Neuhaldensleben. Nachm. 3 Uhr: Mitgliederversammlung. Bänkeiges Erscheinen notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Stenium. in Privat.

Sonntag, 23. Juli: Schwartau. Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Wägen sind vorzubringen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Meyer & Co.** in Hamburg.